INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

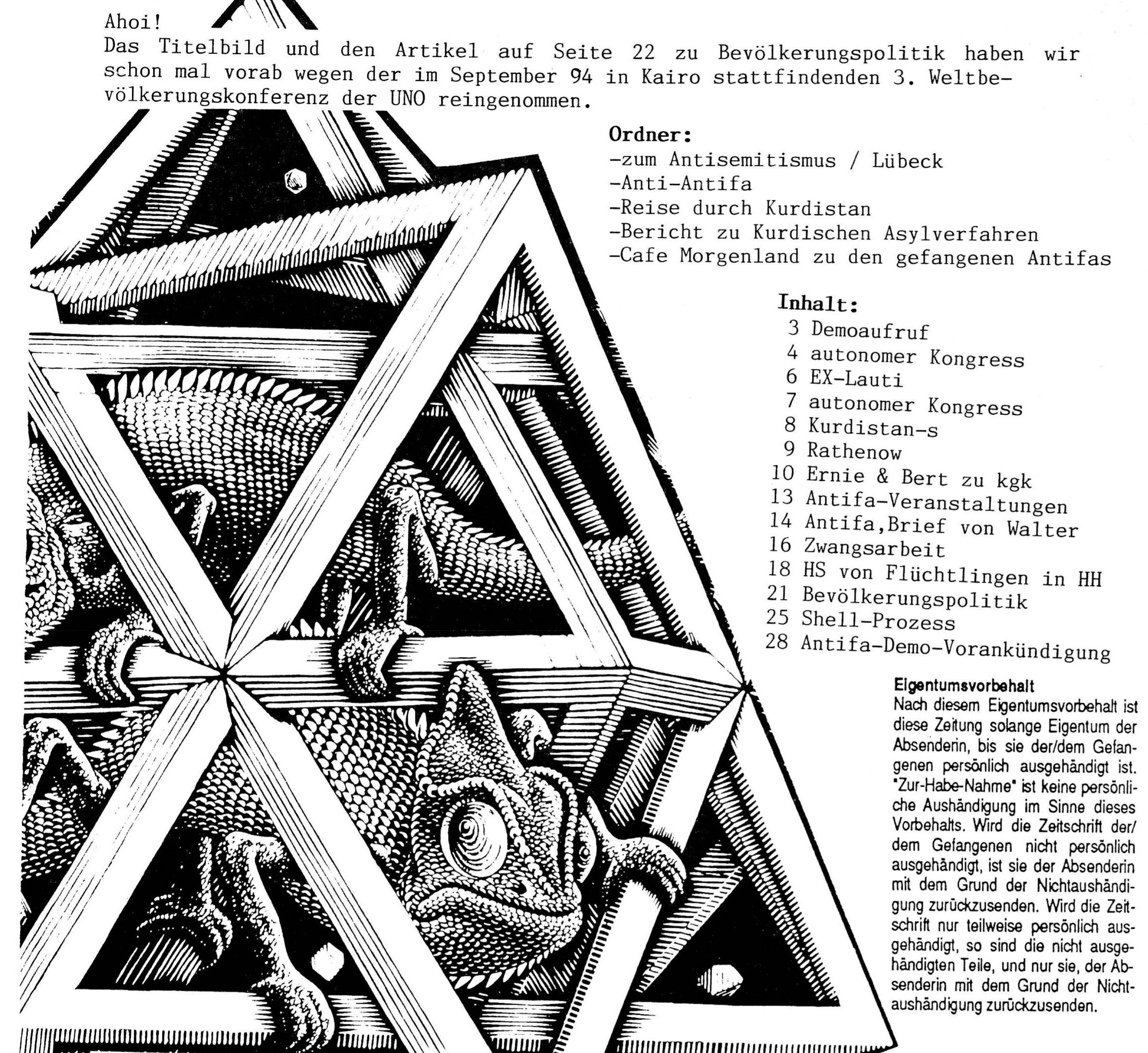
2,50 DM



Nr. 281

7. April 1994

Ahoi!
Das Titelbild und den Artikel auf Seite 22 zu Bevölkerungspolitik haben wir schon mal vorab wegen der im September 94 in Kairo stattfindenden 3. Weltbevölkerungskonferenz der UNO reingenommen.



Ordner:
- -zum Antisemitismus / Lübeck
- -Anti-Antifa
- -Reise durch Kurdistan
- -Bericht zu Kurdischen Asylverfahren
- -Cafe Morgenland zu den gefangenen Antifas

Inhalt:

Für die Verhinderung des Länderspiels schon im Vorfeld ist eine massenhafte und entschlossene Beteiligung an der Demo und den Aktionen angesagt. Lasst euch was einfallen!

Hier nochmal die Termine:

AKTIONEN! Kein Länderspiel am 20.4. !

11.4. 12 Uhr: Pressekonferenz des Berliner Fußballverbandes (BFV) beim Hauptsponsor Daimler-Benz, Salzufer.

12.4. 11 Uhr: Spaziergang vom Adenauer Platz zur BFV-Zentrale, dort: 12 Uhr Kundgebung.

14.4. 20 Uhr: VV zum Länderspiel am 20.4., Mobilisierungsveranstaltung im Mehringhof/Versammlungsraum.

Den antifaschistischen Schutz organisieren!

Impressum
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
Redaktionsanschrift: s. o.
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag
V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Auf die eigene Kraft vertrauen! Organisiert den

Antifaschistischen Widerstand

- Überfälle von Nazischlägern auf Jugendclubs
- Schändung jüdischer Friedhöfe
- Angriffe auf Andersdenkende und Andersaussehende
- Psychoterror und Morddrohungen gegen Antifas
- auch in Bad Freienwalde und Umgebung.

Nicht erst seit gestern treiben Faschisten in Bad Freienwalde ihr Unwesen. Sie versuchen die Unzufriedenheit mit bestehenden Verhältnissen auszunutzen, die der Jugend keinerlei Perspektive bietet. Eine Arbeitslosenquote von 21,6%, die bei Frauen sogar bei 62,2% liegt, die Schließung der Industriebetriebe in Bad Freienwalde lassen schon von Anfang an eine gesicherte Ausbildung einen Glückstreffer für immer wenigere werden. Doch Nazis hinterherzulaufen kann keine Lösung sein! Denn sie dienen vielmehr den herrschenden Verhältnissen, indem sie versuchen jeden wirklichen Widerstand gegen die Konzerne und ihre Politiker, jeden Kampf für Arbeit, Auskommen und Wohnraum mit Hetze und Terror zu verhindern.
Der Staat hat dementsprechend auch kein wirkliches Interesse gegen die Nazis vorzugehen. Stattdessen richtet sich seine geballte Gewalt gegen Antifas, wie jüngst auf einer Schulfete in Bad Freienwalde, als Faschisten in Bad Freienwalde eine Schulfete überfielen und die Polizei wiedereinmal brutal gegen Antifas vorging und die Nazis unbehelligt abziehen ließ. Bei diesem Einsatz gab es mehrere Verletzte auf Seiten der Linken. Von denen einer schwer verletzt wurde.
Gegen das organisierte auftreten der Nazis und den Versuch des Staates jeglichen Linken Widerstand zu verhindern hilft nur, daß wir uns selbst ***organisieren***. Der antifaschistische Kampf ist auch ein Kampf für unsere sozialen Interessen gegen die Angriffe aus Chefetagen der Unternehmen und den Ministersesseln. Kämpfen wir gemeinsam gegen Faschismus und Kapital.

Kommt zur

Demonstration am 09.April 1994

um 14 Uhr in Bad Freienwalde an der alten Tankstelle (nähe Bahnhof)

Jugendinitiative Freienwalde gegen Faschismus organisiert in der Antifa(R)

EHRENMAL

Gedenken an Division

KASSEL ■ An die im Dienst verstorbenen Soldaten der 2. Panzergrenadierdivision erinnert eine Tafel in der Gedenkstätte Karlsaue. Die Divison bestand seit 1956 und wurde im Rahmen der Truppenreduzierung der Bundeswehr mit einem großen Zapfenstreich am vergangenen Wochenende aufgelöst. Das Ehrenmal sei der geeignete Ort zum Gedenken, sagte Generalmajor Wolfgang Estorf bei der Enthüllung der Tafel.



Oberbürgermeister Georg Lewandowski sprach von einem Abschiedsgruß der Soldaten an ihre im Dienst verstorbenen Kameraden. Zusammen mit Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Frei und dem Standortältesten, Oberst Jürgen Damm, hat er zu Spenden für den Erhalt des Ehrenmals aufgerufen.

Spenden können ab sofort unter dem Stichwort „Ehrenmal" auf das Konto 011 098 bei der Stadtsparkasse (Bankleitzahl 520 501 51) eingezahlt werden. *(eg)*

Ehrenmal

Kein Gedenken mehr an Division

Kassel. An die im Dienst verstorbenen Soldaten der 2. Panzergrenadierdivision erinnert nichts mehr in der "Gedenkstatte" Karlsaue. Die Division bestand seit 1956 und wurde im Rahmen der Truppenreduzierung mit einem Scheißgeprotze aufgelöst.
Das "Ehrenmal" ist kein geeigneter Ort zur unverklärten Meinungsbildung zu toten Soldaten, sagten sich einige Autonome bei der Entfernug der Tafel.

Wir sprachen einen Abschiedsgruß beim versenken derselben.
Zusammen freuen wir uns auf die Taucher der Schweinewehr, die die Tafel in den Tiefen der Fulda suchen konnen.
Gemeinsam rufen wir zu Taten zur Zerstorung aller faschistischen, militaristischen oder nationalistischen "Gedenkstätten" auf.

Schanden statt Spenden!

Gedanken zum autonomen Kongreß

In der Diskussion um den Kongreß im Herbst schwirren zwei Konzepte autonomer Politik im Raum herum, die wir in ihrer Zuspitzung beide falsch finden. Nach der verkürzten Darstellung der beiden Positionen geht es uns vor allem darum, aufzuzeigen, daß sie in dieser Polarität einer autonomen Grundwertediskussion nicht gerecht werden können. Im Sinne unserer Kritik überspitzen wir die Positionen zum Teil derart, daß sich die jeweiligen VertreterInnen möglicherweise nicht mehr darin wiederfinden werden. Wir hoffen, daß dadurch die Grenzen der Polarisierung in "Wir über uns "- versus "Gesellschaftsanalyse"-Autonome deutlich werden. Nur wenige Gruppen lassen sich in dieses Schema reinpressen. "Autonome Grundwerte" speisen sich aus beiden Positionen, und aus dieser Synthese sollte unserer Meinung nach auch ein Konzept /Aufruf für den Kongreß entwickelt werden.

Position A:

Die VertreterInnen dieser Position stellen als Ausgangspunkt autonomer Politik die persönliche Betroffenheit in den Mittelpunkt. Unsere Kämpfe sollten sich aus unserer eigenen autonomen Widerstandskultur entwickeln, und selbstbestimmt geführt werden. Selbstbestimmung heißt hier soviel wie Unabhängigkeit von anderen gesellschaftlichen Konflikten. Im Idealfall, wie bspw. bei der Anti-Olympia-Kampagne, entwickeln wir selbst einen Kristallisationspunkt, an dem sich eine Bewegung bilden kann. Sie übt Anziehungskraft aus, weitet sich aus, lernt voneinander und gibt ihre Erfahrungen weiter. So entwickelt sich der Widerstand autonom (im Sinne von unabhängig) von anderen gesellschaftlichen Konflikten, ist aber sehr wohl in der Lage, selbst gesellschaftsrelevante Themen hervorzubringen.

Ein Hauptproblem dieser Konzeption ist hiermit schon genannt. Der Glaube daran, daß sich der Mensch selbstbestimmt, also unbeeinflußt von gesellschaftlichen Entwicklungen entfalten könne, sitzt einem Mythos auf. Dem Mythos von der Freiheit des Individuums. Hiernach bietet die formale "Freiheit, Gleichheit und `Brüderlichkeit´" aller, allen die gleichen Möglichkeiten zur Selbstentfaltung. Diejenigen, die es zu nichts bringen sind demnach selber daran Schuld, haben sie ihre Chancen doch nicht wahrgenommen. Dieser Schein individueller Selbstbestimmung verschleiert gesellschaftsprägende Herrschaftsverhältnisse und macht dementsprechend auch die darin stattfindenden Kämpfe unsichtbar:

- Wieso fordert die Putzfrau bei Daimler mehr Geld. Soll sie doch einfach ein Kollektiv gründen und ihren Lohn selbstbestimmen.
- Dem Schwarzen fehlt das nötige Selbstbewußtsein, um dem Rassismus zu widerstehen. Mit meinem bayrischen Akzent habe ich es schließlich auch nicht einfach.
- Und die Frau, die sich den tagtägliche Kämpfen in der patriarchalen Kleinfamilie immer noch nicht entzogen hat, bleibt in dieser Logik nur bemitleidenswert.

Unter dieser individualistischen Grundannahme "Jeder ist seines Glückes Schmied" oder "Denkt jeder an sich, so ist an alle gedacht" entwickelt sich autonome Subjektivität unabhängig von den gesellschaftliche Verhältnissen. Das individuelle Heraustreten aus den gesellschaftlichen Widersprüchen wird selbst zum Widerspruch. Aus dem Bruch mit der Gesellschaft entwickelt sich eine rebellische Subjektivität, die nicht nur die herrschenden Verhältnisse verneint, sondern leider auch die darin existierenden Widersprüche.

Im Idealfall ist der Bruch mit der Gesellschaft kollektiv, und es entwickelt sich eine eigene Gegenkultur mit eigenen, neuen Werten, in der unsere Lebensvorstellungen und Utopien so weit wie möglich vorweggenommen werden können. Hierfür ist ein ständiger Kampf um Freiräume notwendig.

In Bezug auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen kommt uns Autonomen in dieser Konzeption eine Art Avantgardefunktion zu: Bislang ham die Normalos/as noch nicht geschnallt wos langgeht. Aba wir leben ihnen vor wie sie es machen müssen und wenn alles gut geht, brechen sie mit ihrer Vergangenheit und werden auch mal so wie wir.

Wenn es aber nicht so ist, und unser Szenealltag kaum noch Anziehungskraft auf andere ausstrahlt? Bleibt nur die Flucht ins autonome Ghetto und die scheinbare Gewißheit, Recht zu haben.

Kurz: Das Hauptproblem dieser Position scheint uns zu sein, daß die Autonomen ausschließlich als Produkt der eigenen Entwicklung und Erfahrung wahrgenommen werden. Subjektivität und Selbstbestimmung werden mißverstanden als Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen.

Position B:

Ganz im Gegensatz dazu stehen die VertreterInnen der Position B. Für sie sind die objektiven Verhältnisse Ausgangspunkt autonomer Politik, die Autonomen letztendlich nur ein Reflex derselben. So verkürzt ist diese Position sicherlich mißverstanden und wird auch von niemanden so platt vertreten. Denn in der geschichtlichen Entwicklung gibt es keinen Automatismus. Ebenso wenig können wir ihnen vorwerfen, die Ökonomie in den Mittelpunkt ihres

Models zu rücken.
Die autonomen "GesellschaftsanalytikerInnen" analysieren vielmehr eine Gesellschaft, die von mehreren Herrschaftsverhältnissen durchzogen ist. Triple opression als Minimum. Diese Konzeption geht davon aus, daß die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nichts Statisches sind, sondern Produkt ständiger sozialer Kämpfe, in denen wir die emanzipatorische Subjektivität der Handelnden entschlüsseln müssen.
Autonome Kämpfe führen nicht nur die Autonomen. Prozesse von sozialer Selbstorganisierung finden ständig auch außerhalb unserer Strukturen statt. Und da unsere eigene Utopie letzlich erst in einer herrschaftsfreien Gesellschaft denkbar ist, müssen wir uns auf den derzeitigen Stand der sozialen Konfrontation beziehen. In ihr liegt die Chance einer sozialrevolutionären Veränderung, auf deren Weg sich keine neuen Hierarchien abzeichnen.
Unsere Aufgabe wäre es demnach, die Selbstorganisierungsprozesse die sich gegen die unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse richten, zu untersuchen, um sie daraufhin in der einen oder anderen Form zu unterstützen. Um bei der triple - opression Konstuktion zu bleiben, müßten wir unseren Blick öffnen z.B. für
- Kämpfe von Frauen gegen §218, Männergewalt oder ihren sexistischen Alltag;
- Kämpfe von Flüchtlingen, die sich durch ihre Migration der rassistischen Einteilung der Welt widersetzen;
- Klassenkämpfe, die sich gegen den Arbeitszwang richten (gegen Essenspakete vom Sozi, gegen Zwangsarbeit, Bischofferode oder zur Zeit die Jugendlichen in Frankreich).
Ein Fehler der VertreterInnen dieser Konzeption ist, daß die Bezugnahme auf andere soziale Subjekte oftmals moralisch eingefordert wird. "Den Flüchtlingen geht es so schlecht", "Die ArbeiterInnen in Bischofferode wissen nicht wie ihre Zukunft aussehen soll", "Das türkische Militär ist unheimlich brutal", und deswegen müssen wir schnell handeln. Wir schaffen uns zu oft Opfer, anstatt uns auf die positiven Momente eigenständiger Subjekte zu beziehen, mit denen wir solidarisch sind. Dies würde auch der Gefahr einer StellvertreterInnenpolitik vorbeugen. Wer immer nur für andere da ist und quasi nur noch von außen die Fäden zieht ist auf dem besten Weg zum Funktionärsdasein.
Die Gefahr dieser autonomen Konzeption liegt darin, daß wir auf der Suche nach dem sozialen Subjekt unsere eigene Subjektivität verlieren.

Weder A noch B

Hoffentlich ist es schon deutlich geworden: Wir denken, daß die beiden dargestellten Konzepte in ihrer Reinform jeweils keine Grundlage für autonome Politik abgeben können. Obwohl wir im Text möglicherweise den selben Fehler reproduziert haben, sollten wir sie nicht alternativ sehen. Unsere Politik sollte sich die Stärken beider Positionen zu Nutze machen. Vieles wird gegensätzlicher diskutiert als es eigentlich ist. Für die einen ist gesellschaftliche Veränderung nur über die persönliche möglich. Für die anderen ist persönliche Freiheit erst in einer freien Gesellschaft denkbar. Richtig werden beide Aussagen erst, wenn sie zusammengedacht werden.
Unsere eigene, autonome Subjektivität sollten wir nicht aufgeben. Ihre Stärken sind unübersehbar. Unsere autonome Kultur ist nicht nur Ort der Abnabelung von der gesellschaftlichen Realität und führt nicht zwangsläufig zur Ghettoisierung. In ihr entwickeln sich neuen Werte und Normen, die eine Rückwirkung auf die gesellschaftlichen Entwicklungen haben. Eine Moral, die soziale Aneignungsformen wie beispielsweise Einklauen, Schwarzfahren, "Sozialbetrug" so eindeutig legitimiert ist in der BRD außerhalb der Szene höchstens noch in einigen MigrantInnen-comunitys zu finden. Eine Gegenkultur samt einer solidarischen Sozialstruktur ist unserer Meinung nach aber eine Voraussetzung für die Entfaltung sozialer Kämpfe.
Eine andere Stärke der Szene liegt in dem vorhandenen Einvernehmen über die Existenz unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse. Das Bewußtsein darüber ist in anderen sozialen Kämpfen nur selten vorhanden. Die Diskussion und Entwicklung einer Utopie, in der die unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse nicht erneut vereinheitlicht, sondern in ihrer Widersprüchlichkeit ausgehalten werden können, ist für uns derzeit nur im weiten Spektrum der autonomen Szene denkbar.
Aber wir leben nicht außerhalb der Gesellschaft. Und da ein Teil unserer Utopie auch ein grundlegend veränderte Gesellschaft ist, können wir nicht darauf warten, daß alle einmal so werden wie wir. Wir sollten uns von uns aus auf diejenigen beziehen mit denen wir dieses Projekt verwirklichen wollen. Und diese Menschen sind unserer Meinung nach in den oben beschriebenen autonomen Organisierungen zu finden, die außerhalb der Szene stattfinden. Wir sollten unsere Projekte, Initiativen und Strukturen in der Form gestalten, daß sich die Subjekte anderer sozialer Konflikte darin wiederfinden können. Diese sind mit unserer eigenen Szenesubjektivität sehr wohl vereinbar. Schließlich sind wir keine besseren Menschen, sondern werden zumindest von den drei gesellschaftsprägenden Herrschaftsverhältnissen Sexismus, Rassismus

und Klassenwiderspruch in der einen oder anderen Form durchzogen. Hierin sollten wir unsere eigene Subjektivität verorten, anstatt unseren Alltag von der ach so wichtigen Politik zu trennen.
Von Ansätzen der Verknüpfung unserer autonomen Subjektivität mit anderen sozialen Widersprüchen sind wir nicht so weit entfernt wie es uns die Aufteilung in zwei unterschiedliche Konzepte vorgaukelt.
z.B.
- versuchte das Anti Olympia Komitee sich nach Möglichkeit auf örtliche Initiativen gegen Mieterhöhung und Vertreibung zu beziehen;
- entwickelt die Autonome Erwerbslosengruppe ihren persönliche Kampf ums Einkommen an Konfliktpunkten (Sozi, Arbeitsamt) in denen nicht nur Autonome kämpfen;
- versuchen Antirassismus-Gruppen sich seit Jahren an einer Praxis, die die konkrete Unterstützung von Flüchtlingskämpfen nicht von der eigenen Verstrickung in den Rassismus trennt;
- nehmen autonome Männergruppen die Thematisierung ihrer Täterrolle zum Ausgangspunkt, das Patriarchat als Gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren;
...

Für die Sruktur des Kongresses heißt das bisher gesagte: Für andere soziale Gruppen, die ihre autonomen Kämpfe oftmals ohne die Autonomen führen, sollte bis zum Schluß die Möglichkeit bestehen, sich auf dem Kongreß einzubringen. Hierzu sollten wir nicht darauf warten, daß andere auf uns zu kommen, sondern von uns aus den Kontakt suchen. Besonders auffällig ist derzeit das Fehlen von Frauengruppen und von Flüchlingsgruppen. Diese müßten vom Vorbereitungskreis noch einmal aktiv angesprochen werden.
"Wir über uns" wäre uns als Motto für den Kongreß zu verkürzt. Eher könnte es heißen "Wir und unser Verhältnis zur sozialen Realität". Anstatt uns ausschließlich mit uns selbst zu beschäftigen, sollten wir die Chance dazu zu nutzen, unseren Blick auf die unterschiedlichen Momente der sozialen Konfrontation zu erweitern. Um daraus nach Möglichkeiten zu suchen, selbst wieder zum Faktor innerhalb der sozialen Auseinandersetzungen (von denen wir ja Teil sind) zu werden.

Stellungnahme des Ex Kneipenkollektivs zum 1.5.94

Vorweg sagen wir hier mal was zu unserer Motivation, warum wir dieses Thema vorsichtshalber schon mal diskutiert haben. Der 1.Mai ist in den letzten Jahren innerhalb des Kollektivs oft sehr widersprüchlich diskutiert worden, wahrscheinlich sind wir mit unseren unterschiedlichen Meinungen dazu ziemlich szenerepräsentativ. Eines unterscheidet uns aber ganz wesentlich von anderen Gruppen: wir machen seit Jahren die Verwaltung des autonomen Lautsprecherwagens, müssen also die politische Auseinandersetzung um bestimmte Demos und Aktionen ständig (neu) führen. Okay, darüber beschwert sich hier erstmal auch niemand, der 1.Mai ist aber was ganz Spezielles mittlerweile. Wir schließen nicht aus, daß es auch in diesem Jahr wieder eine 1.Mai - Demo geben wird und wir gehen weiterhin davon aus, daß es auch dieses Jahr einen FAP-Aufmarsch in Berlin geben wird. Im letzten Jahr haben Teile des Kollektivs die Demo unterstützt (also den autonomen Lautsprecherwagen im autonomen Block) und für andere war es klar daß die Verhinderung des Aufmarsches der FAP Priorität haben muß. Was bei uns allen aber auch schon letztes Jahr klar war, war , daß wir mehr aus der Abgrenzung gegenüber verschiedenster ML- Strömungen heraus uns an diesem Tag beteiligen, als aus der Überzeugung einer politischen Idee. Uneindeutigkeit, unter Zugzwang stehen, Scheißgefühl! Gut, das Ergebnis war im letzten Jahr, mal ganz platt gesagt, daß wir uns auf der Demo mehr mit den bekloppten RK's (RIM) beschäftigt haben, als mit allem anderen und daß parallel der FAP-Aufmarsch stattfinden konnte.
In diesem Jahr sind wir uns nun darüber einig, daß wir unsere Struktur (und dazu gehört auch der Lautsprecherwagen) für den Fall eines Falles bereit halten wollen, um die Verhinderung eines FAP-Aufmarsches zu unterstützen. Wir stellen dieses politische statement zur Diskussion, obwohl uns bisher nichts bekannt ist, daß Leute überhaupt eine solche traditionelle revolutionäre 1.Mai-Demo vorbereiten. Wir kündigen diese Tendenz aber trotzdem schon so rechtzeitig an, weil wir uns erhoffen, daß Leute darüber reden, um vielleicht auch zu dem Ergebnis zu kommen, daß es sinnvoller ist, an diesem Tag die FaschistInnen zu vertreiben, wo auch immer sie sich treffen, als teilzunehmen an einer Demo, die ohne neue Ideen nichts weiter ist, als ritualisierter Standard. In den letzten Jahren hats jedenfalls mehr Leute gefrustet als angetörnt. Wir wollen damit den 1.Mai , wie er in den letzten Jahren war und wie er auch oft klasse war, nicht wegreden, aber es ist nun mal auch immer wieder und ständig Zeit, Dinge neu zu überdenken.......also fangen wir endlich damit an:

RAUS ZUM 1.MAI!

KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!

die EXen

PS.: Um 13Uhr findet auf dem O-Platz übrigens ein alkfreies Fest statt....

"geschlossene Gesellschaft" ??

(Fragen zum "Grundrisse"- Konkreß im Herbst ' 94)

I. Seit einigen "Interim"-Nummern lese ich die Diskussionsbeiträge zum "Grundrisse"Papier. Aber erst der Beitrag einer Frau aus der Konkreß-Ini (Interim 276,S.21)hat mir Mut gemacht,selbst zur Schreibmaschine zu greifen.Dort wird der "Autonomie"begriff wohltuend erweitert:"Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als gesellschaftspolitische Ziele u.als Mittel zu ihrer Durchsetzung-gegen:Patriarchat,Kapital,Rassismus,Sexismus und Ausbeutung...."So fühle ich mich ein wenig entlastet,einem unterschwellig immer noch vorhandenem Autonomen Klischee entsprechen zu müssen: (bestimmt durch Sprache,Kleidung,Aktionismus?)

II.Viele Problemstellungen die jetzt in der Vorbereitungsdiskussion aufgeworfen werden,finden sich zum Teil schon in der Organisierungsdebatte:Politikfähigkeit autonomer Strukturen, Zielbestimmung,unterschiedliche Realitätswahrnehmung in Ost u. West(eingedenk der unterschiedlichen Geschichte),autonome Theorie usw. Doch die Diskussion über manche dieser Aspekte verlief im Sande.So liegt bei mir die Befürchtung nicht fern,der Verlauf der notwendigen Dialoge könnte sich ähnlich gestalten,wie etwa so mancher Beitrag zur Organisierungsdebatte oder gar wie die "Libertären Tage" letztes Jahr.Im Hinblick darauf stellen sich mir Fragen: Dieser Konkreß müßte eine möglichst deutliche Politikbestimmung finden:-wen wollen Autonome mit ihrer Politik erreichen,WENN sie oft so stark ausgegrenzend wirkt (nur einige Erscheinungsformen innerhalb der "Szene":neue werden mißtrauisch behandelt,es herrscht ein gewißer Uniformitätsdruck was die Lebensweise betrifft usw.)? Und außerhalb des autonomen Mikrokosmos;was bezwecken solche Thesen wie sie von "17° Zeitung für den Rest"aufgestellt werden;"90% aller Deutschen sind rassistisch..."? Mit solcher Mentalität muß ein Vermittlungsversuch autonomer Politik bei der Bevölkerung scheitern. Es ist doch nachzufragen,warum sich "immer weniger Menschen eine Alternative zu den herrschenden Verhältnissen vorstellen können"(Interim 276). Liegt es nicht auch an der Abgrenzung nach außen? Es gibt keinen "Einstieg" in diese Szene ohne Leumund. Kennt mensch nicht die richtigen Leute,welche helfen könnten (bei Antifa Sachen z.b.) hat er/sie einfach Pech. Jüngere haben oft nur wenig Chancen... Ich weiß,alles x-mal diskutierte Dinge,aber der Alltag ist doch anders!!!!

Um Mißverständnisse zu vermeiden, daß es hier einen rassistischen Grundkonsens gibt ist ja unbestritten, nur ist doch zu fragen wie dem zu begegnen ist.

III.unterschiedliche Geschichte in Ost u. West

Sicher, ein leidiges Thema. Es soll ja auch nicht darum gehen die Mauer wiederaufzubauen oder zu jammern.Aber eine Diskussion über Ost-West Probleme ist oft von Mißverständnissen gezeichnet. Ich hätte mir bei den Stichpunkten zur Geschichte der Linken auch eine Erwähnung der linken DDR-Opposition gewünscht. Es drängt sich eine (sicher nicht beabsichtigte)Westzentriertheit auf,die die Zurückhaltung von GenossInnen hier verstärken könnte.Um ein Stück dieser Fremdheit aufheben zu können wäre es wichtig auch die Erfahrungen aus der ex-ddr mit ein zu beziehen(was den Staatssozialismus UND die Zeit nach der Vereinigung).Nicht das verteilen von Stalinismus Ettiketen ist dabei primä, sondern das herausarbeiten der unterschiedlichen Ansätze in Ost u.West.Platter ausgedrückt:die Probleme von heute lassen sich nicht immer mit den Erfahrungen aus der Hafenstraße oder in Brokdorf lösen. Nicht das solche Erfahrungen nicht wichtig wären, doch muß die Bereitschaft zum Erfahrungsaustausch auf Gegenseitigkeit beruhen und darf nicht damit enden das dem Osten die Geschichte West "übergeholfen" wird. (das Dilemma zeigt sich an der Kontroverse um die AA/BO z.b)

IV. Wohin soll denn die Reise gehen?-autonome Theorie

"Autonome haben keine Einheitliche Konzeption",schreibt der VS-Bericht von'92 und hat damit zum Teil recht, denn viele wissen vorallem was sie nicht wollen.Aber schon bei der Suche nach dem Subjekt revolutionärer Politik wird's schwierig:soll der Rückbezug bei der ArbeiterInnenklasse sein oder MigrantInnen? Es erscheint mir überhaupt fraglich,ob das operieren mit Klassenanalysen irgendeinen Sinn hat.Andererseits ist es schon komisch,wenn sich Autonome plötzlich in der Rolle des gesellschaftspolitischen Feuerwehrmannes wiederfinden.Welchen Platz nimmt die Linke in einer nach rechts treibenden bürgerlichen Gesellschaft ein?

Eine letzte Bemerkung zur Vorbereitung des Konkreßes: Wie wollt ihr die Vorbereitung auf möglichst breite Schultern legen,wenn sich schon aus der geographischen Entfernung Kommunikationsprobleme ergeben? Ich hoffe auf ein Treffen,wo möglichst viele Menschen aus unterschiedlichen Bereichen Ihre Erfahrungen austauschen können.Ein Konkreß also wo mensch nicht abgefüllt wird mit grauen Reden oder Papierwust. Und hoffentlich ohne Leute die glauben die Weißheit mit Löffeln gefressen zu haben.

bis die Tage..... hubert Schnarre-Entenbein

Stoppt den Terror gegen KurdInnen in der Turkei und Deutschland

Wir besetzen heute das Rote Rathaus aus Solidarität mit dem Befreiungskampf von KurdInnen in Deutschland und der Türkei. Wir fordern:

--Keine deutschen Waffenlieferungen in die Türkei,mit denen die türkische Regierung Krieg gegen KurdInnen führt.(jährlich 86,6mio. DM.+580 mio. Besondere Rüstungshilfe +1,5 milliarden DM Schenkung von NVA Beständen)
-- Keine weitere Ausbildung des türkischen Militärs durch deutsche Antiterror Einheiten (z.bsp.GSG9)
--Aufhebung des Verbots kurdischer Organisationen..
--Keine Abschiebung kurdischer Menschen
--Offene Grenzen für alle

Am vorletzten Wochenende wurden in Deutschland kurdische Neujahrsfeiern flächendeckend verboten.Proteste dagegen beendete die Polizei gewaltsam, wobei es viele Verletzte gab.Der 21. März ist der Kurdische Nationalfeiertag.Das Neujahrsfest ist ein 2606 Jahre altes Traditionsfest.Ein Volksaufstand unter der Führung des Schmiedes Kawa stürzte den Tyrannen des Assyrischen Reiches.
Seit der Besetzung Kurdistans ist dieser Tag für KurdInnen zum Symbol des Widerstandes geworden, für den Widerstand gegen den faschistischen türkischen Staat. Mit dem Newrozfest 1990 begannen in Kurdistan"Serihildans"=Volksaufstände, die sich bis 1994 immer mehr ausweiteten.Es kam jedes Jahr zu Massakern der türkischen Armee an der kurdischen Bevölkerung unter dem Vorwand, gegen die bewaffnet kämpfende P.K.K. vorzugehen. 1992 und 1993 eröffnete das Militär das Feuer auf friedliche Versammlungen und Feste, über 100 Personen worden getötet, mehrere hundert festgenommen.Dieses Jahr gab es allein in Diyarbakir 500 Festnahmen, Angriffe türkischer Militärs auf die Zivilbevölkerung dauern an.
Im September letzten Jahres forderte der türkische Ministerpräsident Tansu Ciller, während eines BRD Besuches, das Verbot der P.K.K.in der BRD und die Auslieferung"Kurdischer Aktivisten" an die Türkei. Kurz darauf folgte das Verbot der P.K.K.in der BRD, die Waffenhilfe an den Natopartner Türkei geht sowieso weiter. Zur Zeit verhandeln die Innenminister der BRD und der Türkei über die Auslieferung von KurdInnen an die Türkei, wo ihnen Folter und Ermordung drohen.
Das Verbot der kurdischen Newroz- Feiern dient der Kriminalisierung der in Deutschland lebenden KurdInnen. Ein kulturelles Fest wird verboten, die darauf folgenden Proteste zusammengeschlagen, um dadurch KurdInnen zu gewalttätigen"Terroristen" hochzustilisieren. Bedient wird sich dabei einer beispiellosen Medienhetze, die selbst aus friedlichen Protesten Krawalle macht und von gewaltsamen Protesten zu innertürkischen Problemen spricht. Deutsche Waffenlieferungen an die Türkei, das Verbot kurdischer Organisationen und der Newrozfeiern ist aber ein deutsches Problem.
Die BRD Politik gegen KurdInnen steht im Zusammenhang mit der derzeitigen agressiven Außenpolitik und repressiven Politik nach Innen: Abchaffung des Rechtes auf Asyl in der BRD und der EG .Bundeswehreinsätze im „Ausland", Kriminaliserung revolutionärer Gruppen und Parteien.
Staatstragende und reformistische Parteien und Organisationen verlangen die Abschiebung oder die Inhaftierung von türkischen und kurdischen AktivistInnen in der BRD. Dies bedeutet, daß allen kämpfenden RevolutionärInnen und KämpferInnen nationaler Befreiungsbewegungen die Betätigung in der BRD verboten wird.
Andererseits war bei Autobahnblokaden durch BäuerInnen oder Lkw- FahrerInnen nie die Rede von einer strafrechtlichen Verfolgung, geschweige denn von Ausweisung und Abschiebung. Das kommt einem Todesurteil gegen KurdInnen gleich!

GEGEN JEGLICHE UNTERDRÜCKUNG UND AUSBEUTUNG!
FÜR EIN BEFREITES KURDISTAN!

Bündniss gegen imperialistische Kriege

FÜR EIN UNABHÄNGIGES KURDISTAN
LIEBE DER BEWAFFNETEN KAMPF DES KURDISCHEN VOLKES

Junge Welt · 31. März 1994

Rathaus besetzt

Stimmen gegen Kurden-Abschiebung mehren sich

JW. Die Glocken des Roten Rathauses in Berlin schlugen gerade 1 Uhr mittags, als rund 40 Menschen versuchten, den Amtssitz des Regierenden Bürgermeisters symbolisch zu besetzen. Vor dem Rathaus wurden Passanten über Vorgänge und Zusammenhänge im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei aufgeklärt sowie die deutsche Mitschuld daran begründet. Die Leute vom »Bündnis gegen imperialistische Kriege« drangen in das Foyer des Rathauses ein. Ganze 15 Minuten konnten sie dort verweilen, bevor Hausschutz nebst herbeigeeilter Polizei die OkkupantInnen aus dem Haus trugen. 23 von ihnen wurden zur Personalienfeststellung in die Mannschaftswagen gebracht. Anlaß für die Aktion war nach Aussage der vornehmlich aus der Frauen- und Lesben- sowie der Antifa-Szene stammenden BesetzerInnen die jüngsten Übergriffe auf kurdische Demonstrationen, mit denen gegen die Verbote der Newroz-Feiern protestiert werden sollte.

Vor Abschiebungen von Kurden in die Türkei hat neben Bündnis 90/Die Grünen und der Flüchtlingshilfeorganisation »Pro Asyl« am Mittwoch auch der hessische Verfassungsschutz gewarnt. Dessen Direktor Hartmut Ferse sagte in einem Interview der *Woche*, es sei »schlicht unzulässig, jemanden in den Tod zu schikken«. Die Grünen-Politikerinnen Angelika Beer und Claudia Roth nannten einen möglichen Vertrag zwischen Bundesrepublik und Türkei zur Abschiebung gewalttätiger kurdischer Demonstranten »fatal«: Dieses Abkommen sei aus verfassungsrechtlichen Gründen und aufgrund deutscher Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention »undenkbar«.

Protestaktion im Roten Rathaus

(ND). Mit einer Protestaktion am und im Roten Rathaus bekundete das Bündnis gegen imperialistische Kriege am Mittwoch mittag seine Solidarität mit dem Befreiungskampf von KurdInnen in Deutschland und der Türkei, wie es Sprecherin des Bündnisses erklärte. Vor dem Haus wurden Flugblätter verteilt, in denen u.a. gefordert wurde, die deutschen Waffenlieferungen in die Türkei einzustellen, das Verbot kurdischer Organisationen aufzuheben und keine kurdischen Menschen mehr abzuschieben. Nach Polizeiangaben versuchten etwa 30 junge Leute kurz nach 13 Uhr das Rathaus zu besetzen, wurden aber bereits im Foyer aufgehalten.

Militärische Großaktion der Türkei gegen kurdische Gebiete

tiny). Nach Berichten von Medico International führt die türkische Armee großangelegte Militäraktionen in den Gebieten Erzurum, Hakkari und Cizre durch. In der 60000 EinwohnerInnen zählenden Stadt Cizre werden die Armutsgebiete von Artillerie beschossen. 4000 bewaffnete Dorfschützer unter dem Kommando der Armee bedrängen und belagern die Stadt.
Im Gebiet Hakkari finden im Schutz von Militärangriffen Massenverhaftungen der männlichen Bevölkerung statt.
In der Gegend der Stadt Erzurum ereignen sich flächendeckende Operationen türkischer Streitkräfte.
In der Gegend Tatvan, aus der deutsche TV-Teams am Samstag gewaltsam vertrieben wurden, wurde das Dorf Anadere durch die 6.Brigade unter ihrem Kommandeur Korkmaz Tagmen vollständig zerstört.
Ebenfalls in diesem Gebiet wurden in den vergangenen Tagen folgende Dörfer zerstört: Girrak, Güclükonak, Demibogaz und Cetinkaya; sowie in der Umgebung der Kreisstadt Mardin (Kreis Savur) das Dorf Dengiza, wo die BewohnerInnen zuvor fliehen konnten.
Am Rande des Flughafens der Stadt Diyarbakir wurde der dort lebenden Bevölkerung ein auf 24 Stunden befristetes Räumungsultimatum von Militärs überbracht.

Situationen der internationalen Delegationen in Nord-Kurdistan

Delegation der Stadt Göttingen (Stand 22.3.94, 11.00 Uhr): Die 6 GöttingerInnen befinden sich immer noch in ihrem Hotel in Batman. Sie stehen dort ständig unter starker Bewachung; manchmal wird ihnen das Verlassen des Zimmers verboten. Seit Sonntag können sie sich (stets unter "Begleitung" türkischer Sicherheitskräfte) innerhalb der Stadt Batman bewegen. Sie trafen sich mit VertreterInnen der Zeitung Özgür Gündem und der demokratischen Partei (DEP). Zum Teil waren bei den Gesprächen mehrere Polizisten anwesend.
Am Montag wurde in der Nähe des Hotels eine Person erschossen. Flüchtlinge aus Dörfern im Umland von Batman berichten von schweren Übergriffen des türkischen Militärs am vergangenen Wochenende.
Am heutigen Dienstag ist es Delegationen gelungen, die Stadt Batman zu verlassen, um sich ein Bild von der Situation zu machen. Die türkischen Behörden lehnen jede Verantwortung ab.
Fast alle aktuell in Kurdistan anwesenden 300 TeilnehmerInnen der Menschenrechtsbeobachtungsgruppen sehen sich massiven Behinderungen ausgesetzt. Mehrere TeilnehmerInnen der einzelnen Delegationen befanden sich zeitweise in Haft oder stehen unter sog. "Hausarrest". In zahllösen Fällen wurden sie erneut geschlagen und heftig bedroht. Aus der Stadt Cizre, wo sich Angelika Beer vom Bundesvorstand der Grünen/Bündnis 90 zusammen mit Edgar Auth (Frankfurter Rundschau) und Regine Schauerer (amnesty international) befindet, wird berichtet, daß eine Massenflucht aus den Elends- und Armutsgebieten unter schweren Beschuß der türkischen Armee eingesetzt hat.
Die in Kurdistan anwesenden deutschen und internationalen Delegationen wollen ihre Anwesenheit bis zum Wahltag fortsetzen. Ungeachtet der Behinderungen repressiver Zuruckweisungen durch die türkischen Autoritäten haben sie die Absicht, durch wiederholten Versuch jene Gebiete zu erreichen, in denen die türkische Regierung keine AugenzeugInnen wünscht.
Besonders im Zusammenhang mit den Zwangsraumungen im Gebiet Hazro wurde von AugenzeugInnen, die ihre Ergebnisse fotografisch dokumentieren konnten, der Einsatz deutscher Leopard Panzer sowie von gepanzerten Fahrzeugen des Typs BTR 60 aus ehemaligen NVA-Beständen beobachtet.

Newroz 1994

Das kurdische Neujahrsfest Newroz konnte praktisch nicht auf der Straße gefeiert werden. Im Gegensatz zu den vorherigen Jahren hat die türkische Regierung/das türkische Militär durch ihre Maßnahmen diesmal schon präventiv jede eigenständige Manifestation kurdischen Selbstbestimmungswillens unterbinden wollen. Die Bevölkerung folgte einem Aufruf der PKK (ArbeiterInnenpartei Kurdistan), das Neujahrsfest ohne größere Aufmärsche zu verbringen. Auf diese Weise sollte der türkischen Armee keine Gelegenheit gegeben werden, die aus der Vergangenheit bekannten blutigen Zusammenstöße zu provozieren.
Auch in der Bundesrepublik wurden die Newroz-Feiern der Exil-KurdInnen be- und verhindert. In vielen Städten wurden keine Räume zur Verfügung gestellt, bzw. die Feiern ganz verboten. Die daraufhin stattfindenden Protestdemonstrationen wurden von der Polizei mit Tränengas und Schlagstockeinsatz aufgelöst.
Die Ereignisse vom Wochenende dienen zum Vorwand einer erneuten Repressions- und Kriminalisierungswelle gegen in Deutschland lebende KurdInnen.
Wir protestieren gegen dieses Vorgehen, das in seiner Wirkung eine Unterstützung der türkischen Militäraktionen in Nord-Kurdistan bedeutet.
Auch machen solche "Signale" das Anliegen und die politischen Bemühungen der Delegationen wirkungslos.

Göttinger Unterstutzungskomitee für die Kurdistan-Delegationen

Häuserräumung in Rathenow

Montag morgen, 28. März, Rathenow, Milower Straße: unter dem Vorwand, Stromschulden seien nicht bezahlt, rückt ein Trupp Bauarbeiter in das besetzte Haus ein. Drei anwesende BesetzerInnen wehren sich, doch die Bullen haben darauf nur gewartet, stehen schon um die Ecke bereit. Das Haus wird sofort geräumt. Angeblich gefundene Cannabis-Pflänzchen halten dafür her, die drei 24 Stunden lang einzuknasten. Inzwischen reißen Bauarbeiter unter Bullenschutz die Fenster raus und zerstören Einrichtung. Von allen Leuten, die ihre persönlichen Sachen aus dem Haus holen wollen, nehmen die Bullen die Personalien auf.

Damit geht ein wichtiger Treffpunkt für linke Jugendliche in Rathenow verloren, der einzige. Das Haus in der Milower Straße war der fünfte Versuch in Rathenow, sich selbstbestimmte Räume zu nehmen. Alle wurden geräumt, in einem Zeitraum von anderthalb Jahren. Der Stadtverwaltung, dem Landrat, den Bullen, dem Verfassungsschutz - allen sind solche Räume, in denen linke Jugendliche ihre Musik machen können, ihre Konzerte, ihre Veranstaltungen, in denen sie sich gegen Nazis organisieren oder einfach nur zusammensein und abhängen können, allen sind solche Projekte verhaßt. In den Augen von Kirche, Sozialarbeiterei oder Jugendamt sind linke Jugendliche schlicht "Chaoten". "Gewaltpotential", für die es keinen Platz gibt, die sie am liebsten aus der Stadt schmeißen würden. Mit den Institutionen zusammenzuarbeiten ist zwecklos.

Knüppel und Staatsanwalt - das sind die einzigen Mittel, mit denen sich das Land Brandenburg mit linken Jugendlichen "auseinandersetzt".

Die BesetzerInnen aber kämpfen weiter. Am selben Tag, abends, machen sie mit 40 Leuten eine kleine Kundgebung gegen die Räumung. Die Bullen haben Befehl, hart durchzugreifen. Aus Berlin ist extra eine Hundertschaft angereist, überall sind Zivis. Als die DemonstrantInnen sich nicht kontrollieren lassen wollen, kommt es zu Auseinandersetzungen. Nachdem die Bullen alles auseinandergeknüppelt haben, kommen die Nazis, die vorher Bescheid wußten, und wollen die übrig gebliebenen Antifas verprügeln: Bullen und Nazis, mit vereinten Kräften gegen Linke.

Die harte Potsdamer Linie also jetzt im ganzen Land Brandenburg? An Rathenow üben die Bullen offensichtlich, wie weit sie gehen können mit Peitsche, ohne Zuckerbrot. Der brandenburgische Verfassungsschutz will schon seit längerem ein "besonderes linksextremistisches Gewaltpotential" in Rathenow geortet haben. Und der "Spiegel" will wissen, daß der böse Teil der Randalierer in Potsdam von der "Bewegung 8. Mai" aus Rathenow kommt.

Am **8. Mai** ist **Demo** in Rathenow. Zum dritten Mal demonstrieren die Antifas am Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Um 15 Uhr geht's vom Bahnhof aus los. Wäre schön, wenn die Leute in Rathenow Unterstützung bekommen...

Immer mehr falsche Umweltkarten in Umlauf

Immer mehr gefälschte BVG-Umweltmarken sind in Berlin im Umlauf. Schon 260 Fälscher gingen der Polizei und BVG-Kontrolleuren von Januar bis Ende März dieses Jahres ins Netz. In Wohnungen und Werkstätten wurden gefälschte Marken im Gesamtwert von 430 000 DM sichergestellt. Im Jahre 1993 war die Zahl der Strafverfahren gegen ertappte Fälscher deutlich geringer gewesen: 300 Anzeigen wurden erstattet.

Die Fälschungen sind nach Angaben der Experten teilweise „von guter Qualität". Sie werden entweder gedruckt oder mit Hilfe von Farbkopierern hergestellt. Es fehlen ihnen jedoch die Sicherheitsmerkmale einer Originalmarke wie Mikroschriften oder Fluoreszenz. An solchen Unterschieden können sie Kontrolleure erkennen.

Nach Erkenntnissen der Kriminalpolizei werden die falschen Wertzeichen vor allem in Lokalen, Betrieben und U-Bahnhöfen angeboten oder inseriert. Meist verlangen die Fälscher den halben Tarif. Ihre Kunden machen sich nach Paragraph 148 des Strafgesetzbuches ebenso strafbar wie sie selbst. cs


Zur Repression gegen die AntifaschistInnen in Berlin

Solidaritätsarbeit und Mobilisierungsfähigkeit

Es sind jetzt knapp vier Monate vergangen, seit der Staat zu der Repressionswelle ausholte, in deren Folge einige Menschen verhaftet wurden und andere, wie ich, untertauchen mußten. In diesen vier Monaten ist für mich wahnsinnig viel passiert, daß ich ich immer noch denke, es wäre vorgestern gewesen, als das alles geschah.
Aber es sind doch vier Monate, in denen ich, soweit ich das konnte, darauf achtete, was in Berlin alles passiert und was hier, an meinem neuen Lebensort um mich herum vorgeht. Über vieles freue ich mich und manchmal bin ich sogar erstaunt. So z.B. sah ich neulich "Die Liste Schindlers", (ein Film, der wahrscheinlich alle Oscars absahnen wird), und als ich aus dem Kino kam, lagen da Flugblätter zu unserem Fall. Da war ich echt baff.
Aber, obwohl ich vom Ausmaß der Unterstützung und der Solidarität überrascht bin (kann natürlich nie genug sein), bin ich doch nicht völlig mit dem zufrieden, was inhaltlich erzählt wird. In den eben erwähnten Flugblättern tauchten am Schluß wieder die Namen von den fünf Verhafteten auf, was ich ja schon von den Flugis aus Berlin kannte. Ich bin nicht damit einverstanden, daß Bahrettin immer noch unterstützt wird. Es hat sich herausgestellt, daß er ein mieser, dreckiger Verräter ist. Er hätte, wie einige andere auch, vor seiner Festnahme abhauen können, stattdessen hat er gewartet, bis er zwei Wochen später abgeholt wurde und dann wohlüberlegte Aussagen gemacht, mit denen er andere übelst belastet und zu denen er nach wie vor steht. Er schreckte nicht einmal davor zurück, Hinweise darauf zu geben, wo die Bullen nach den Untergetauchten suchen sollten.
Was Erkan betrifft, der sich den Bullen stellte, und durch dessen Aussagen alle weiteren Verhaftungen ausgelöst wurden, kann ich noch halbwegs darüber hinwegsehen, da er psychisch krank war und ist. Da sich sein Zustand im Knast natürlich nur noch verschlechterte, liegt er jetzt in einer geschlossenen psychatrischen Abteilung. Trotzdem denke ich, daß er in antifaschistischen Kreisen nichts mehr zu suchen hat.
Ich kritisiere darüberhinaus die legalistische Linie einer berühmten Antifagruppe, eine Kritik, die nicht neu ist, aber in der jetzigen Situation mir vollkommen unverständlich. Daß sich Abidin gestellt hat, ist ebenso Teil dieser Linie wie die Ausrichtung der Solidaritätsarbeit. Ich kann zwar Abidin verstehen, denn ich kenne ja auch seine Geschichte, aber richtig finde ich es trotzdem nicht. Ich finde es unverständlich, warum ihm nicht dazu geraten und praktisch umgesetzt wurde, sich erstmal in Sicherheit zu bringen und alles gründlich zu überlegen. Das kann doch nicht innerhalb der wenigen Stunden/Tage passiert sein, nach denen er sich stellte. Das mindeste ist doch, daß man abwartet, was die Akteneinsicht ergibt, stellen kann man sich auch später noch. Selbst, wenn man mit der Sache nichts zu tun hat, ist Vertrauen in die Justiz unangebracht. Es handelt sich schließlich um eine Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen, die man sehr schnell bereuen kann.
In der heutigen Linken ist eine Vorstellung von Illegalität verbreitet, die nichts mit der Realität zu tun hat: Isolation, alle Kontakte abgeschnitten, völlige Vereinsamung, immer Angst. So ist es nicht. Klar ist, daß es was besseres als Illegalität gibt, aber das Leben geht weiter und es ist auf jeden Fall besser, als im Knast zu sitzen.
Ich kann zumindest sagen, daß es mir zu 80% ziemlich gut geht und vielleicht zu 20% empfinde ich den Schmerz des Heimwehs, der Melancholie und der Sehnsucht. Natürlich ist die Trennung von vertrauten Menschen und vertrautem Alltag besonders am Anfang





nicht leicht, eine neue Umgebung, fremde Menschen, vielleicht eine fremde Sprache, aber zum Glück gibt es überall auf der Welt noch Menschen, die dir helfen und Freundinnen und Freunde werden. Das ist kein finsteres Loch, in das du fällst, du mußt nicht isoliert vor dich hin leben, sondern kannst - natürlich mit gewisser Um- bzw. Vorsicht - ein normales Leben führen. Tausenden anderen Menschen auf der Welt geht es ebenso.

Naja, Abidin hat einen anderen Weg gewählt und seine Entscheidung gilt es, wenn auch nicht zu teilen, so doch zu akzeptieren.

Ich denke, daß eine klare Position zu antifaschistischer Arbeit und zu den Verhältnissen in diesem Staat unerläßlich ist. Das heißt auch eine klare Position gegenüber dem Verräter und bezogen auf den Staat und seine Justiz, keine Aussagen/Einlassungen zu machen, zumal seit sieben Jahren die "Anna & Athur" - Kampagne läuft. Wenn wir uns jetzt anders verhalten würden, dann würden wir nicht nur unsere Glaubwürdigkeit verlieren und uns lächerlich machen, sondern auch andere entmutigen. Unsere Aufgabe kann nur sein, zu zeigen, daß nicht wir auf die Anklagebank gehören, sondern die Repräsentanten dieses Staates, die verantwortlich für die Pogrome sind und das Feuer weiterschüren, wie jetzt aktuell zum Fußball-Länderspiel. Es gibt viele antifaschistische Jugendliche, die meistens unerfahren sind, jetzt aber voller Sympathie auf die antifaschistische Linke schauen. Ihnen gegenüber stehen wir alle in der Verantwortung, wir, die Verhafteten und Gesuchten, indem wir zeigen, daß wir uns nicht brechen lassen und keinen Kniefall machen und z.B. erklären, was wir denken, welche Ideen wir haben und was wir von den Verhältnissen in diesem Land halten. Und die Linke allgemein, indem sie zeigt, daß sie sich nicht einschüchtern läßt.

Das Klima hierzu ist im Moment auch ziemlich günstig. Der jüdische Schriftsteller Ralf Giordano rief zur Selbstverteidigung auf, Ignatz Bubis spricht von "geistigen Brandstiftern" und übernimmt damit einen Begriff, der rund um die Demonstration zum heuchlerischen Aufritt von Weizäcker u.a. in Berlin bekannt geworden war. Es liegt an Euch, die die Unterstützungsarbeit in Berlin leisten, ob ein Dialog mit diesen Kreisen möglich ist, zumindest käme es auf einen Versuch an. Bei Ingrid Strobl hat das gut geklappt, warum sollte Oliver Tolmein nicht auch für uns schreiben?

Die Situation ist nicht vergleichbar mit der Situation nach den Schüssen an der Startbahn in Frankfurt, wo viele sich mit den "armen" Staatsträgern solidarisierten. Diejenigen, die jetzt verhaftet wurden oder gesucht werden, reagieren ebenfalls anders: Bis auf die beiden oben genannten Jugendlichen hat niemand Aussagen gemacht.

Ich halte jedenfalls einen Dialog mit solidarischen Kräften für sinnvoller als einen mit der deutschen Justiz, weil das Zustandekommen einer breiten Solidaritätsbewegung uns hilft, und nicht ein Lavieren mit staatlichen Stellen. Die Aussage eines Kronzeugen gilt immer noch mehr als 10 andere Aussagen. Wenn sich einige da Illusionen machen, finde ich das ziemlich blauäugig. Und der Preis dafür ist nicht nur kurzfristig zu zahlen mit Knast und Exil (was wir sowieso gerade machen), sondern auch langfristig, weil wir nämlich unser Gesicht verlieren und unsere Sympathien, da wir die berechtigten Hoffnungen, die in uns gesetzt werden, nicht erfüllen werden. Günstigstenfalls bedeutet dies, daß wir wiedermal eine Chance vertan haben, eine starke und breite linke Bewegung aufzubauen.

Seid mir alle gegrüßt und bleibt wachsam! Ich schau schon ganz gespannt auf den 20.April bei Euch.

Bitte diesen Brief in der Interim, dem Antifa-Info, Antifa-Jugendinfo, der Arranca und den Herzschlägen veröffentlichen!

Ich melde mich wieder - trotz alledem
Euer Walter

Vom Staatsbürger zum Gemeinschaftsdiener

Staatliche Pflichtarbeit zur Aufbewahrung von Arbeitslosen und zur Hebung der allgemeinen Arbeitsmoral

Siesta 19

Im Zeichen des "Solidarpakts" und der "Sicherung des Standortes Deutschland" haben sich Regierung und Opposition, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaftsführer von der "Vollbeschäftigung" als wirtschafts- und sozialpolitischem Ziel einmütig und öffentlich verabschiedet. Seitdem geht es einer Koalition aus Wohlhabenden und Zufriedenen ausschließlich nur noch um die Frage, wie für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre millionenfache (Langzeit-)Arbeitslosigkeit zu organisieren und zu verwalten ist. Über die Notwendigkeit eines grundlegenden "Umbaus des Sozialstaates" besteht ebenfalls breite Einigkeit, Unterschiede bestehen lediglich darüber, wie genau eine neue soziale Stufenleiter aus Ausgrenzung, staatlich abgesicherter Verarmung, "Gemeinschaftsarbeiten" (Arbeit ohne Lohn) und Billiglöhnen eines staatlich regulierten Zweiten Arbeitsmarktes beschaffen sein soll.

Drei Ziele bestimmen die Debatten, Pläne und Gesetzespakete: 1. Senkung des finanziellen Aufwandes für Sozialleistungen (Arbeits-losenunterstützung. Sozialhilfe, Kranke, Rentner u.a.); 2. Senkung der betrieblichen Lohnkosten (Sozialabgaben, reale Tariflohnkürzungen, Billiglöhne für die Beschäftigung von "sonst Arbeitslosen" auf einem zweiten Arbeitsmarkt; 3. Unterbringung und Verwaltung einer möglichst großen Zahl Arbeitsloser in Arbeitsmaßnahmen, die mit normalen Arbeitsverhältnissen und einer "Wiedereingliederung" in den normalen Arbeitsmarkt nichts gemein haben. Nachdem die deutsche Gesellschaft übereingekommen war, daß "Asylanten" überflüssig sind und daher hier nichts zu suchen haben, stellt sie gerade Übereinkunft darüber her, daß die Mehrheit der deutschen Arbeitslosen ebenfalls überflüssig ist. Öffentlich drückt sich diese Übereinkunft eben darin aus, daß allseits von einer mindestens zehn Jahre andauernden Massenarbeitslosigkeit ausgegangen wird, so als wäre dies ein unabwendbares Naturereignis. Überflüssige Arbeitskräfte mit deutscher Staatsangehörigkeit haben den Nachteil, daß sie von Bund, Ländern und Gemeinden nicht einfach abgeschoben werden können, weil kein anderer Staat zu ihrer Aufnahme verpflichtet ist. Also muß man sich etwas einfallen lassen.

Ministerialbeamte schauen auf dem Weg zur Arbeit mal nicht in die Akten, sondern auf die Grünanlagen; Stadtverwaltungen beschäftigen sich mit den Ergebnissen des hemmungs- und schrankenlosen Verbrauchs von Rohstoffen; Wohlfahrtsverbände und Sozialverwaltungen sehen die Misere von Kranken und Pflegebedürftigen neu; Industrielle stellen fest, daß sich neue Betriebe in stillgelegten Anlagen und auf verseuchtem Grund und Boden nicht errichten lassen - und alle entdecken, daß genug zu tun wäre, im Deutschland der Jahrtausendwende. "Arbeit gibt's genug", heißt es allenthalben, "nur keiner kann sie bezahlen!" Pflege von Grünanlagen, Abfallbeseitigung, Beseitigung von "Altlasten", soziale Dienste auf der einen Seite - Milliardenausgaben für soziale Unterstützung, millionenfache Arbeitslosigkeit, wachsendes soziales Elend, steigende Kriminalität, Zulauf bei nationalen, rassistischen und nazistischen Vereinigungen auf der anderen Seite: ganz einfach, sollen doch die Arbeitslosen diese Arbeiten machen.

Arbeit gibt´s genug - ohne Lohn

Die Gesetze der Marktwirtschaft taugen jedoch nicht dazu, diese "Arbeit" und die "Arbeitslosen" zusammen zu bringen. Wenn keiner "die Arbeit bezahlen kann", heißt das: Bei normalen Löhnen entsteht dabei kein Gewinn. Wenn keiner diese Arbeiten macht, heißt das: Auf einen angemessenen Lohn, erträgliche Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung oder gar Wohlgefallen an der Arbeit ist dabei nicht zu rechnen; solange Aussicht und Hoffnung auf bessere Arbeit bestehen, solange wie ein individuelles Durchkommen möglich ist, lockt der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium zwar mit grenzenlos vorhandener

"Arbeit", aber kaum einer geht hin.

Staatssekretär Johann Eekhoff steht dabei längst nicht mehr allein mit seiner Forderung, daß "die Gesellschaft Anspruch auf einen Teil der Arbeitskraft erheben soll, wenn sie die Kosten für den Lebensunterhalt trägt". Der Lohn könne natürlich "nicht wesentlich höher" sein als die Sozialleistung, aber dafür wird mit seelischem Trost bezahlt, etwa dem "Gefühl, eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben, wie etwa beim Aufbau in Ostdeutschland beteiligt zu sein".

Soweit ist es noch nicht, daß Arbeitslose mit dem "Dank des Vaterlandes" und der Ehre, dabei gewesen zu sein, zufrieden gestellt werden können. Aber die Pläne für einen neuen nationalen Arbeitsdienst liegen nicht mehr in den Schubladen, sondern schon auf den Schreibtischen: in Gestalt eines "Öko-Sozialen Dienstes", flächender kommunaler Arbeitsprogramme im Rahmen der Pflichtarbeit der Sozialhilfe, großaufgelegter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung, in denen Löhne nur noch in Höhe der früheren Unterstützung gezahlt werden.

Alle diese Projekte haben zwei Gemeinsamkeiten. Die erste Gemeinsamkeit gründet auf der Absicht, durch staatlichen Zwang die Bereitschaft zum Lohnverzicht und damit allgemeine Lohnsenkungen zum Nutzen des "Wirtschaftsstandortes Deutschland" durchzusetzen. Die jetzt diskutierten Pläne zur Ausweitung der Pflichtarbeit sind die konsequente Fortsetzung der Kampagne gegen das angeblich "überzogene Anspruchsdenken" der arbeitslosen und lohnabhängigen Deutschen in West und Ost. Die zweite Gemeinsamkeit aller neuen Beschäftigungsmaßnahmen, die heute diskutiert werden, besteht in der Auffassung, daß derjenige, der öffentliche Unterstützungen erhält, sei es Arbeitslosengeld, sei es Sozialhilfe, der Allgemeinheit zu einer Gegenleistung verpflichtet ist, oder, um es genauer und richtiger auszudrücken: Durch die Zahlung von finanziellen Unterstützungen erwirbt die Stadt oder das Arbeitsamt angeblich das Recht und die Pflicht, bestimmen zu können und zu müssen, was der unterstützte Arbeitslose mit seiner freien Zeit anfängt, welche Arbeiten er macht und welche nicht; kurz, dem Amt fällt das Recht zu, den Arbeitslosen "im Interesse der Allgemeinheit verpflichten" zu dürfen - bei Strafe des Unterstützungsentzuges.

Christdemokraten und Sozialdemokraten, Industriellenbünde und Gewerkschaftsspitzen schmieden eine Große Koalition, nach deren Auffassung es ohne neue Formen der Arbeitspflicht in Deutschland nicht weitergeht und der "Sozialstaat" schon gar nicht zu "retten" ist.

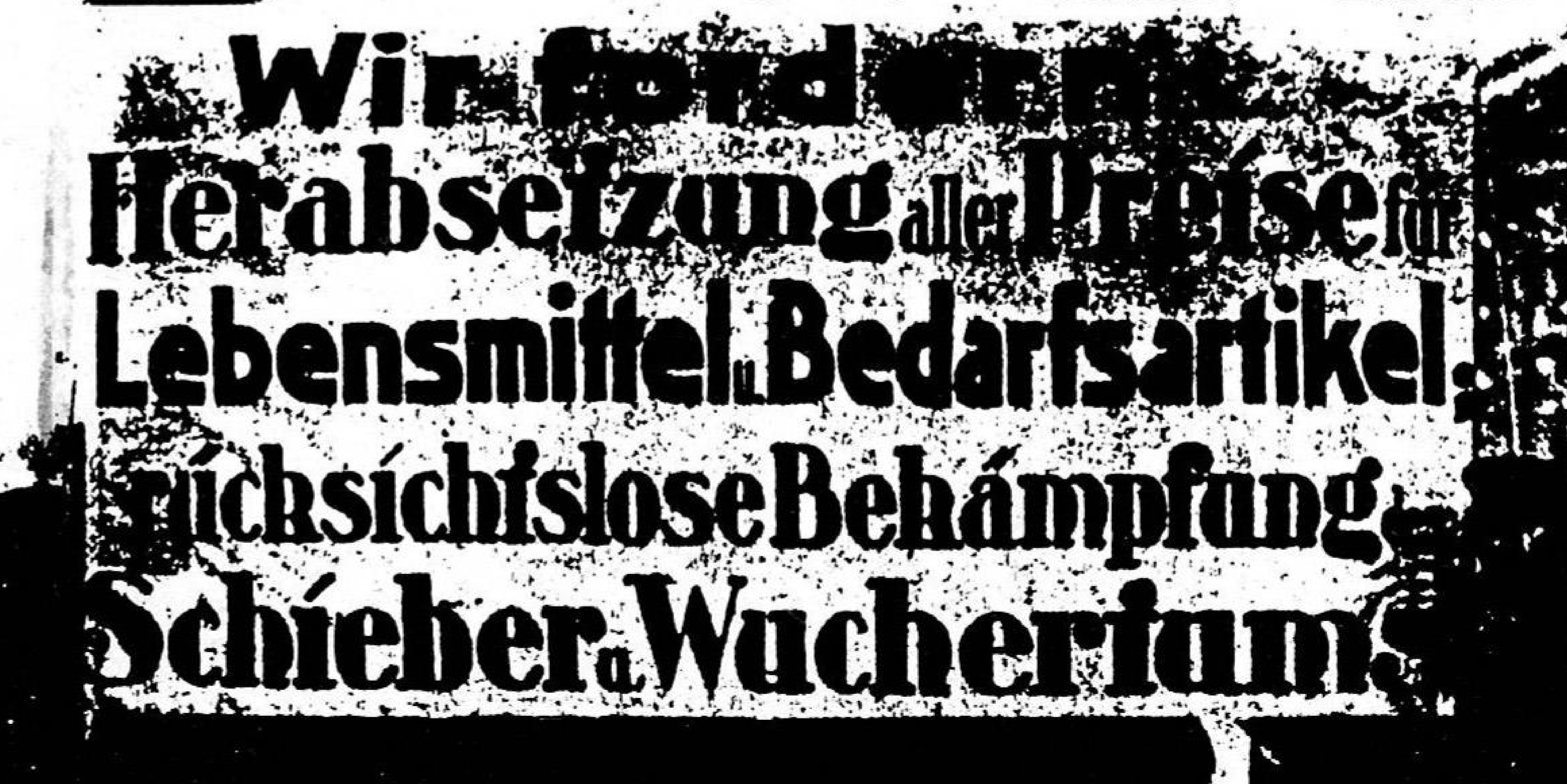
An diesem Punkt ziehen tatsächlich "Weimarer Verhältnisse", Verhältnisse wie am Vorabend der Gründung des Arbeitsdienstes, herauf. Offen ist, ob die Einführung einer staatlich verordneten und durchgesetzten Arbeitspflicht sich darauf beschränken wird, von der Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützung abschrecken und die Unterstützten durch Pflichtarbeit beaufsichtigen zu wollen; oder ob die Herrschenden auf einen Umschlag von Pflichtarbeit in staatliche Zwangsarbeit hinsteuern: eine allgemeine Arbeitspflicht für Arbeitslose, die jeden verdächtig macht und als "Sozialschädling" ausgrenzt, der nicht in irgendeiner Form arbeitet.

Pflichtarbeit edelt die "freie Arbeit"

Das Erfolgsgeheimnis das nationalsozialistischen "Beschäftigungswunders" bestand vor allem darin, die Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft und damit zu Einkommen und sozialer Sicherheit an die Arbeitspflicht zu koppeln. Wer nicht seiner Arbeitspflicht zumindest im Rahmen "gemeinnütziger Arbeit" nachkam, konnte unversehens bereits im Frühherbst 1933 als "Bettler", "Asozialer", "Arbeitsscheuer" oder "Volksschädling" verhaftet und in Lagern konzentriert werden. Manchem Volksgenossen versüßte der Terror gegen "unproduktive", "nutzlose" Bevölkerungsteile erst die eigene ungeliebte Arbeit, denn wenn "Arbeitsscheue" ins Lager gesteckt werden, dann macht sich das eigene Buckeln erst richtig bezahlt.

Vorboten solcher Verhältnisse sind allgegenwärtig. Zukünftig wird die bundesdeutsche Arbeitsmoral nicht mehr durch das Versprechen von mehr Wohlstand und wachsender sozialer Sicherheit für alle immer wieder neu geschaffen werden, sondern auf dem umgekehrten Weg: Die finanzielle, soziale und rechtliche Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen, derjenigen, die nicht arbeiten können oder dürfen, soll diejenigen, die noch arbeiten dürfen, zu Wohlverhalten und alltäglicher Leistungsbereitschaft antreiben. Nur wer arbeitet, hat Rechte. Wer von Unterstützungen lebt, soll den Mund halten, und froh sein, wenn man ihm die Unterstützung beläßt. Die Pflicht, für die Unterstützung eine Arbeitsleistung erbringen zu müssen, ist der entscheidende Schritt, aus Empfängern von öffentlicher Unterstützung Menschen nicht nur zweiter Klasse, sondern minderen Rechts zu machen.

-hk-



Warum wir den Hungerstreik richtig fanden

Interview mit zwei Flüchtlingen von den Schiffen

Einer der Flüchtlinge, M., kommt aus Gambia, der andere S., aus Guinea-Bissau. Das Interview wurde in englischer Sprache geführt und ohne inhaltliche Veränderungen oder Kürzungen übersetzt.

Gambia - ein „sicheres Herkunftsland"?

M.: Ich kam im Mai 1993 nach Deutschland. Ich hatte politische Probleme in Gambia. Es gibt dort zwei politische Positionen, PPP und NCP. PPP ist die gambische Regierung, NCP ist gegen sie. Ich bin für die NCP. Unsere letzte Wahl war nicht fair. In der Nacht vor der Wahl drang Gambias Regierung im benachbarten Senegal ein und gab den Leuten Wahlzettel, um für sie zu stimmen, und sie erreichte so, daß sie die Wahl gewann, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung Gambias für die Opposition war. Wir zweifelten aber an dem Wahlergebnis.

Die deutsche Regierung behauptet, in Gambia gebe es keine politische Verfolgung und keine politischen Probleme. Kannst Du etwas genauer erklären, wie Du das siehst?

M.: Wenn die deutsche Regierung sagt, in Gambia gäbe es keine politischen Probleme, dann heißt das, es gibt dort keine Probleme für Deutschland. Die gambische Regierung kann der deutschen Regierung nicht erzählen, daß es in ihrem Land Probleme gibt. Sie macht was sie will, und so kann sie nicht sagen, daß sie Probleme hat. Nur wir, die Opposition, können die politischen Probleme benennen. Aber die deutsche Regierung will nur die Ansicht der Regierung hören, zu der sie gute Beziehungen hat, und die gambische Regierung will diese guten Beziehungen weiter haben.

In Gambia gibt es noch ein anderes Problem: Wenn deine Familie nicht reich ist, kannst du nicht zur Schule gehen, denn die Schule muß dreimal im Jahr bezahlt werden, und du mußt dir deine Schulkleidung, deinen Stuhl, deine Bücher etc. selbst kaufen. Das ist nicht richtig! So kann sich die Mehrheit nicht leisten, zur Schule zu gehen. Auch ich konnte nicht die Schule besuchen. Das ist es, warum wir kämpfen! Und Deutschland sagt, da gibt es keine Probleme. Ich kann das nicht mehr hören! Wir fordern, daß die Regierung rausgeschmissen wird. Die Leute kämpfen schon eine lange Zeit! Die Oppposition will die Regierung weg haben. Aber die Regierung verhaftet diese Leute und steckt sie für 20 oder 30 Jahre ins Gefängnis. Und Deutschland sagt, es gibt keine politische Verfolgung in Gambia!

In Deutschland = in Sicherheit? Behördenschikanen, Nazi-Attacken, Knast...

Wie bist du nach Deutschland gekommen? Sicher war das nicht einfach?

M.: Es war nicht einfach, und ich mußte mich sehr anstrengen dafür. Ich rannte von Gambia nach Senegal, und in der Hauptstadt Dakar gelang es mir, auf ein Schiff zu kommen, das mich bis Belgien brachte - was ich nicht wußte und erst beim Anlegen erfuhr. Wir stiegen aus und fragten nach einem Zug oder Schiff nach Deutschland, und man nannte uns einen Zug, und ein Mann erklärte mir, wie man ein Ticket dafür kauft, und ich fuhr mit dem Zug nach Hamburg. Das war nicht leicht alles, es kostete mich drei oder vier Monate.

Wie war Dein erster Eindruck, als Du hier ankamst? Wie sahen die Leute Dich an, wie behandelten sie Dich?

M.: Das war nicht einfach. Die Leute schauten mich an, als sei ich verrückt. Meine Kleidung war sehr schmutzig, weißt Du. Ich sah dann einige Schwarze und fragte sie, und sie erklärten mir, wie ich Asyl beantragen kann und zeigten mir den Weg zum Bieberhaus (so sagen Flüchtlinge weiterhin zur Ausländerbehörde, die inzwischen in der Amsinckstraße ist - d.Red.).

Und wie haben sie Dich dort behandelt?

M.: Sie befragten mich, und ich erklärte ihnen alles. Sie waren wirklich nicht freundlich. Sie gaben mir keinen Platz, nur einen Paß (Aufenthaltsgesstattung). Ich fragte, wo ich denn schlafen solle? Sie sagten, es gäbe keinen Platz. Ich sagte ihnen, daß ich 15 Jahre alt bin, denn ich bin 1978 geboren. Dann war ich also in der Stadt, auf der Straße, bei Freunden. Manchmal schlief ich sogar auf dem Bahnhof. Eines Tages schlugen mich Skinheads sehr schlimm auf dem Bahnhof. Ich ging wieder zur Behörde und erzählte dort, daß ich auf dem Bahnhof geschlagen wurde und Probleme mit meinen Zähnen habe, die sie mir z.T. ausgeschlagen haben. Aber auf der Behörde sagten sie wieder, es gäbe keine Unterkunft. So ging das etwa drei Monate. Ich ging wieder zum Bieberhaus, um einen Stempel abzuholen. Sie fragten nach meinem Alter. Und sie änderten es einfach, wie sie es wollten. Sie sagten, ich sei älter als 15. Ich sagte, nein, ich bin nicht älter. Aber sie glaubten mir nicht und schrieben einfach „1976" in die Papiere. Sie schickten mich dann aufs Schiff. Ich war gerade zwei Monate auf dem Schiff, im dritten Monat riefen sie mich zum Bieberhaus. Dort behaupteten sie, ich hätte zwei Asylanträge gestellt, mein wirklicher Name sei Soundso. Ich sagte, nein, mein Name ist M., ich habe keinen zweiten Namen! Aber sie behaupteten weiter; ich hätte mit zwei verschiedenen Namen Asylanträge gestellt, und sie drehten mir die Arme auf den Rücken und legten mir Handschellen an. Sie brachten mich ins Gefängnis und vor Gericht, und das Gericht sagte, ich muß für einen Monat und 15 Tage in Haft, und dann werde ich zurück nach Gambia geschickt, denn dort gäbe es keine Probleme. Ich sagte, daß es dort sehr wohl Probleme gibt. Ich bin sehr jung, und habe schon meine Familie verlassen. Ich war in Fuhlsbüttel im Gefängnis. Am 15. Dezember ließen sie mich frei. Sie sagten, ich solle zum Bieberhaus kommen und mir ein Papier namens „Duldung" abholen. Ich verstand das nicht. Ich habe jetzt einen Anwalt und einen Vormund. Ich lebe wieder auf dem Schiff.

Rechtsanwälte ...

S.: Ich möchte etwas über den Rechtsanwalt von M. sagen. M. ging direkt zu seinem Anwalt, als er die Vorladung zum Bieberhaus bekommen hatte. Die einzigen Leute, von denen wir AsylbewerberInnen hier abhängen, sind die SozialarbeiterInnen und die AnwältInnen. Wenn die SozialarbeiterInnen nichts für dich tun, mußt du zu einem Anwalt gehen, und der muß was für dich tun, weil du ihn ja bezahlst. M. ging also zu seinem Anwalt, aber der sagte ihm, er habe keine Zeit. Er sagte ihm nur, wenn das Bieberhaus ihn vorgeladen habe, solle er hingehen und antworten. Und dann wurde M. dort direkt verhaftet. Der Rechtsanwalt war sich noch nicht mal bewußt, daß M. wieder rauskommt nach eineinhalb Monaten, und als er von einem Freund von M. angerufen wurde, wußte er nichts von der ganzen Sache. Wir AsylbewerberInnen hören immer auf das, was die Anwälte sagen. Der Anwalt von M. ist auch mein Anwalt. Ich habe den Eindruck, daß er sich immer nur dann an meinen Fall erinnert und sich damit beschäftigt, wenn ich ihm wieder Geld bringe! Dabei wurde uns gesagt, er sei einer der besten Strafrechtsanwälte in Hamburg. Ich kenne einige Asylbewerber, die bei ihm sind. Wie uns gesagt wurde, bezahlt der Staat einen Teil der Anwaltskosten, aber wir Asylbewerber bezahlen den Anwälten auch eine bestimmte Summe. Was wir vom Sozialamt bekommen, ist aber nicht genug. Jedesmal wenn wir in der Stadt unterwegs sind, können wir auf Polizei stoßen, und sie können uns nach unserem Paß fragen, und sie können uns willkürlich festnehmen und für 6 oder 8 Stunden in eine Zelle einsperren. Und zur selben Zeit fordern diese Rechtsanwälte Geld von uns. 50 DM im Monat ist keine geringe Summe.

... und Geldprobleme

Wieviel Geld bekommt ihr vom Sozialamt

In den ersten drei Monaten bekommen wir nur 80 DM (wenn wir über 14 Jahre alt sind) bzw. 40 DM (unter 14) im Monat. Und das Essen auf den Schiffen ist sehr schlecht, so daß du oft dein eigenes Essen kaufen mußt. Und Fahrgeld mußt du davon bezahlen. Und es kann sogar sein, daß du weniger als 80 DM im Monat bekommst, denn das hängt vom Datum des Bordkartentauschs ab, der wöchentlich stattfindet. Einige von uns haben das Geld nachgerechnet und festgestellt, daß sie weniger als 80 DM bekommen haben, obwohl sie unterschrieben haben, daß sie 80 DM kriegen, und wir haben uns beschwert. Sie haben uns das mit dem Bordkartentausch erklärt. Ich bin jetzt seit kurzem auf dem Schiff „Stockholm", wo man sich sein Essen selbst kochen kann. Ich sollte jetzt 440 DM im Monat kriegen, das hab ich auch unterschrieben. Es wird zweiwöchentlich bezahlt, aber als ich am Monatsende nachrechnete, waren es nur 383 DM. Und von diesem Geld mußte ich für den ganzen Monat Essen bezahlen, und ich muß davon meinen Anwalt und Fahrgeld bezahlen.

Der Hungerstreik war ein Anfang!

Wie ich hörte, habt Ihr an dem Hungerstreik nicht teilgenommen, unterstützt aber die Forderungen? Könnt Ihr dazu mehr sagen?

M.: Ja, wir unterstützten den Hungerstreik, denn das, wofür gekämpft wird, ist richtig. Wenn du aus deinem Land hier herkommst, geben sie dir nur drei Monate, und danach sagen sie dir, du sollst wieder gehen. Aber du hast Probleme in deinem Land, wohin gehst du dann? Das ist Problem Nummer 1. Und was sie den Asylbewerbern antun, ist nicht richtig. Z.B. das mit dem Geld, daß wir was unterschreiben müssen, aber die unterschriebene Summe nicht bekommen. Und dann hörst du Deutsche reden: Oh, die bezahlen den Asylbewerbern 440 DM im Monat! Aber das stimmt noch nicht mal. Ich unterstützte den Hungerstreik, aber ich war während der Zeit im Gefängnis, deshalb konnte ich nicht teilnehmen. Als ich freigelassen wurde und von dem Hungerstreik erfuhr, war ich sehr glücklich, weil ich an die Öffentlichkeit gehen wollte, um den Deutschen unsere Probleme zu erklären, damit sie sie verstehen.

SozialarbeiterInnen? Lieber direkt die Polizei!

S.: Ja, der Hungerstreik ist richtig. Was ich noch sagen will: Das Problem der AsylbewerberInnen ist nicht die deutsche Bevölkerung. Meiner Meinung nach sind das Problem die SozialarbeiterInnen und das Bieberhaus. Denn wenn ich zu einem Sozialarbeiter gehe, weil eben jeder in einer Situation wie unserer jemanden braucht, mit dem er reden kann, dem er seine Probleme erzählen kann, dann ist das dessen Arbeit als Sozialarbeiter, er hat mit Menschen zu arbeiten, die was brauchen, die Probleme haben. So, du als Sozialarbeiter bist erstmal nett zu mir, erzählst mir: „Ich verstehe Dein Problem, also wenn Du irgendein anderes Problem hast, komm zu mir, und ich versichere Dir, daß ich ihm nachgehe." Meiner Meinung nach wäre es besser, diejenigen SozialarbeiterInnen, die direkt mit Flüchtlingen zu tun haben, z.B. auf den Schiffen, im Sozialamt oder im Bieberhaus, durch Polizei zu ersetzen, denn dann wüßten wir, daß wir es direkt mit der Polizei zu tun haben. Aber jetzt kommen sie in Tarnung: Du erzählst mir, du bist ein Sozialarbeiter, arbeitest aber direkt mit dem Gesetz. Als Sozialarbeiter solltest du aber unabhängig sein, denn du arbeitest für die Menschen. Unser eigentliches Problem sind die SozialarbeiterInnen im Bieberhaus. Ich erinnere mich, als ich zum ersten Mal reinging, um meinen Asylantrag zu stellen. Die Angestellten im Bieberhaus sind nur Angestellte, sie haben nichts zu entscheiden. Aber die erste Frau, auf die ich traf, als ich meinen Asylantrag abgab, sagte mir geradeheraus: „Du denkst, Du kannst hier nach Deutschland kommen und alles von unserm Geld nehmen? Denkst Du, daß wir das erlauben?" Ich konnte nichts darauf tun oder sagen. Ich bin Asylsuchender, ich will nicht nach Hause gehen. Dabei arbeitet sie da nur, und es ist niemand, der verantwortlich ist. Genauso läuft es auf den Schiffen mit den SozialarbeiterInnen, die uns lauter nette Dinge sagen, wenn wir zu ihnen kommen mit unsern Problemen, aber wenn wir gehen, ist nichts dafür getan. Nachher erzählen sie dir: „Nun,

Leidenden, um sich vom Mit-Leiden-Müssen zu befreien.
Das "Mit-Leid" kleidet sich in viele Gewänder. Zum Beispiel die "fortschrittlichen" SozialarbeiterInnen, die für die Sterilisation von Behinderten eintreten, um ihnen sexuelle Beziehungen zu ermöglichen (vermehren sollen die sich aber nicht...). Oder die "Feministinnen", die bevölkerungspolitische Interventionen zwecks Emanzipation der Frauen im Trikont fordern. Die Interessen, die hinter den Programmen stehen, werden ausgeblendet.

- "Neue Ethik" und Menschenrechte

Das Zitat von Klaus Staeck ist auch insofern typisch für die "bioethische" Diskussion, als moralisch/ethische Einwendungen gegen die Tötungsabsicht damit gekontert werden, daß es sich um ein konservatives Festhalten an kulturell bedingten und angesichts der gesellschaftlichen Realität überkommene ethische Grundsetzungen handele.
Auf der Ebene internationaler Bevölkerungspolitik liest sich das nach der letzten großen Flutkatastrophe in Bangladesh z.B. so: *"Es wird nämlich zu einem fragwürdigen Unterfangen, Menschenrechte einzuklagen, wenn ein würdiges Leben nicht mehr möglich ist, weil es einfach zu viele Menschen gibt."* [6]
Dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Frauen sollen mitmachen ...

Bevölkerungspolitik, mit der das generative Verhalten beeinflußt werden soll, zielt immer vorrangig auf Frauen. Dabei spielt es nur in zweiter Linie eine Rolle, daß Frauen diejenigen sind, die die Kinder gebären. Vor allem ist das Ausdruck patriarchaler Macht.

Alle Erfahrungen (und Mißerfolge) der vergangenen Jahrzehnte haben bei BevökerungspolitikerInnen zu der "Einsicht" geführt, daß ohne die Mitarbeit von Frauen keine durchschlagenden Ergebnisse erzielt werden können. Über die Einbindung von Frauen in ihre Strategien haben sie einen großen Schritt vorwärts getan hinsichtlich der Akzeptanzschaffung für bevölkerungspolitische Programme.

Der Population Council z.B. hat eine eigene "feministische Abteilung", Die UNFPA ist innerhalb der UN die Organisation mit der höchsten Frauenquote bei den MitarbeiterInnen. Nicht-Regierungsorganisationen werden zur Mitarbeit und "kritischem Input" aufgefordert. Entwicklungspolitische Projekte, die sich besonders an den Bedürfnissen von Frauen orientieren, werden vermehrt durchgeführt. All das suggeriert das Ernstnehmen von Frauen - und nicht zuletzt schafft es attraktive Arbeitsplätze. Anknüpfungspunkt sind das Emanzipationsbedürfnis von Frauen und das vehemente Interesse von Frauen im Trikont, Verhütungsmittel zur Verfügung zu haben, um ihre Kinderzahl selbst bestimmen zu können.

Durch die Strategie der Vermischung von bevölkerungspolitischer Absicht und "feministischer" Politik haben die durchgeführten Programme in den letzten Jahren ein neues Gesicht bekommen. Anstelle des Zwangs ist eine viel geschicktere und wirksamere Politik der Manipulation getreten, hinter der die eigentlichen Zielsetzungen und Machtverhältnisse immer mehr verschwimmen und schwerer angreifbar werden.

Die Einbindung von Frauen in eugenische Politik in der Metropole funktioniert nicht sosehr über organisatorische Einbindung, sondern eher über den Anpassungsdruck an die vorgegebenen Denkmuster: "Leid" soll verhindert werden, und jede ist für die Kosten, die sie der Gesellschaft mit einem evtl. behinderten Kind verursacht, verantwortlich. Und nicht zuletzt trägt die für alle sichtbare fehlende Unterstützung für behinderte Frauen und Männer in unserer Gesellschaft dazu bei, daß viele Frauen die Selektionspolitik mittels humangenetischer Beratung und Pränataldiagnostik akzeptieren.

Im September 1994 wird in Kairo die Dritte Weltbevölkerungskonferenz der UNFPA stattfinden. Die Vorbereitungen der BetreiberInnen laufen schon auf Hochtouren. Wir werden in den nächsten Monaten mit einer Flut von Propaganda für die Abschaffung der Armen statt der Armut konfrontiert werden, der wir unsere Positionen gegen Bevölkerungspolitik entgegensetzen sollten:
Gegen Selektionspolitik international und national.
Gegen die Zusammenarbeit mit jeglichen BevölkerungspolitikerInnen und ihren HandlangerInnen.

ULLA PENSELIN, HAMBURG

Anmerkungen:

1) **GEO-Schwerpunktheft**: Sprengstoff Mensch - Die Bevölkerungsexplosion: Sechs Milliarden und kein Ende?, Nr. 1, 17.12.1990.
2) Interview mit **Nafis Sadik**, taz, 1.10.1993.
3) **UNFPA**: Weltbevölkerungsbericht 1993. Das Individuum und die Welt: Bevölkerung, Migration und Entwicklung in den neunziger Jahren, hrsg. v. DGVN, Bonn 1993, S. 3.
4) **Klaus Staeck**, Werbetext für die Anzeige zur dt. Ausgabe des Singer/Kuhse-Buches "Should The Baby Live?", taz, 4.9.1993.
5) **Maurice King**, Direktor des Dep. of Public Health Medicine der Universität Leeds/ England, zit. in: Harald Bräutigam: Sterben für die Umwelt. Ein makabrer Vorschlag zur Senkung des Bevölkerungswachstums, ZEIT Nr. 42, 12.10.1990.
6) **Gabriele Venzky**: Am Ende das Chaos..., in: ZEIT Nr. 20, 10.5.91, S. 9.

Zum Einstieg in das Thema internationale Bevölkerungspolitik und zum Weiterlesen:

Ingrid Strobl: Strange Fruit. Bevölkerungspolitik, Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand; Hrsg.: Edition ID-Archiv, Berlin/ Amsterdam 1992.
Hamburger Frauengruppe gegen Bevölkerungspolitik (Hrsg.): Materialien gegen Bevölkerungspolitik, Hamburg 1984 (1. Auflage), Hamburg 1989 (4. Auflage).
Bonnie Mass: Population Target. The Political Economy of Population Control in Latin America, Toronto 1976.
Sumati Nair: Imperialismus und die Kontrolle der weiblichen Fruchtbarkeit. dt. in: E.coli-bri Nr. 8, Hamburg 1992.
E.coli-bri Nr. 6 + 7, Hamburg 1990 + 1991.

Shell-Prozeß vor dem Landgericht Aachen

Anfang März 1994 hat ein Prozeß gegen zwei Physik-Diplomanden, Bernhard F. aus Aachen und Michael S. aus Hamburg, stattgefunden. Die Anklage hat ihnen vorgeworfen, Anfang 1992 eine Shell-Tankstelle in Hamburg beschädigt und in Aachen vier Tankstellen weitgehend außer Funktion gesetzt zu haben. (Es wurden dort Schläuche aufgeschlitzt, Kabel durchtrennt, Schlösser verklebt und Farbe verteilt). Die Tankstellen hatten Bekennerschreiben erhalten, in denen gegen die weltweite Geschäftspolitik des Konzerns protestiert wurde, vor allem gegen Shells Engagement in Südafrika, mit dem die Vergangenheit des Konzerns, der schon 1921 die Nazis unterstützt hat, nahtlos fortgeschrieben wird, und der zudem die Abhängigkeit des Trikonts von Shell und anderen Konzernen durch (genmanipulierte) herbizidresistent gemachte Pflanzen dauerhaft zementiert.

Die Gesamtanklage vor dem Landgericht wurde damit begründet, daß "schwerwiegende öffentliche Interessen, insbesondere politischer Natur betroffen" seien. Mitverhandelt wurden neben den Angriffen gegen Shell "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" sowie "Widerstand gegen die Staatsgewalt". Teile der Ermittlungen sind von Behörden durchgeführt worden, die sich mit "terroristischem Extremismus" beschäftigen: die politischen Abteilungen der Landeskriminalämter Schleswig-Holstein, Hamburg und NRW sowie das Bundeskriminalamt.

Im Rahmen der Ermittlungen fanden mehrere Hausdurchsuchungen statt: Michael wurde am 14.1.92 unter dem Vorwand, er solle eine Zeugenaussage machen, zu einer Polizeiwache gebracht. Als er auch nach massiven Einschüchterungsversuchen keine Aussage machte, wurde ihm eröffnet, daß er nun als Beschuldigter vernommen würde; danach wurde sein Zimmer durchsucht.

Bernhard lag zu dieser Zeit im Krankenhaus. Sein Zimmer im Studentenwohnheim wurde mehrere Stunden durchsucht, seine Eltern aufgesucht und befragt, er selbst im Krankenhaus vernommen (er machte keine Aussagen); es wurden Haarproben genommen und Kleidungsstücke beschlagnahmt.

Acht Monate nach den ersten Durchsuchungen erfolgten zeitgleich in Aachen und Hamburg weitere: Diesmal wurden auch Gemeinschaftsräume durchsucht und fotographiert, Computer, Drucker, Disketten, Flugblätter, handschriftliche Aufzeichnungen und ein Taschenkalender beschlagnahmt. Michael wurde mit einem §129a-Verfahren gedroht. Für die Durchsuchung von Bernhards Zimmer wurden 18 mit Maschinenpistolen Bewaffnete abgestellt, die die Etage absperrten und das Zimmer stundenlang durchsuchten. Beschlagnahmt wurden hier eine Schreibmaschine, ein Ordner mit Literatur über politische Gefangene sowie Zeitschriften, die als "umfangreiches terroristisches Schriftgut" bewertet wurden.

Am 8.1.94, drei Wochen vor Prozeßbeginn, hatte Bernhard erneut ungebetenen Besuch: Mehrere maskierte Bullen traten die Zimmertür ein, stürmten mit gezogenen Knarren auf ihn los und warfen ihm eine Decke über den Kopf. Auf die Frage, was das soll, hieß es: "Eine falsche Bewegung, dann ist es vorbei". Die Forderung nach einem Anwalt wurde mit höhnischem Gelächter und makabren Witzen quittiert. Beschlagnahmt wurde ein Plakat zum Tod von Wolfgang Grams; eigentlich sei man aber gekommen, um Sprengstoff zu beschlagnahmen, hieß es später, der jedoch war weder da, noch ließ er sich herbeisuchen.

Die Staatsanwaltschaft bastelte unter Federführung des in Aachen berüchtigten Staatsanwalts Geimer ein Anklagekonstrukt aus einer Reihe von Indizien zusammen, um die Tatsache fehlender Beweise zu kaschieren. Mithilfe von mehr als 30 Zeugenvorladungen (mehrheitlich Bullen) wurde der Prozeß als sechstägiges Schauspiel geplant - ein weiterer Termin für die Urteilsverkündung kam schließlich noch hinzu.

Die RechtsanwältInnen (Lunnebach und Reinecke) kritisierten zu Beginn des Prozesses die Besetzung des Gerichts: Die große Strafkammer mit drei Berufsrichtern (und zwei Laienrichtern) sehe das Gesetz nur bei besonders schweren Straftaten vor; die hier zu beurteilenden Straftaten seien normalerweise ein Fall für das Amtsgericht: Die "besondere Verwerflichkeit der Tat" sei nicht zu erkennen, es sei denn, man betrachte das Fehlen eines gewöhnlichen wirtschaftlichen Motivs als besonders verwerflich. Die Besetzungsrüge wurde durch das Gericht zurückgewiesen: Nach einer einstündigen Beratung verkündete der vorsitzende Richter Bender, aufgrund der "besonderen Schwierigkeit des Falls" und des beträchtlichen Umfangs der Verfahrensakten (700 Seiten) müsse der Prozeß beim Landgericht verbleiben. Doch das Gericht hätte "nicht das geringste Interesse, die Sache hoch zu hängen, und deshalb an Sie die Frage: Ist das denn notwendig?" - mit Blick zur Angeklagten-

bank; eine diskrete Aufforderung, doch bitte ein Geständnis abzulegen. Verteidigerin Lunnebach wies dies zurück: "Da müssen Sie eher in die andere Richtung fragen" (denn die Staatsanwaltschaft war verantwortlich für den Zeugenfahrplan).

Das Verfahren nahm dann wie geplant seinen Lauf.

Bernhard und Michael machten keine Aussagen zur Sache, und gaben nur wenige persönliche, ohnehin bekannte Daten zu Protokoll. Sie verlasen eine Erklärung, in der sie die "Kommunikation mit Unterdrückungsinstrumenten wie Richter Bender oder Staatsanwalt Geimer" verweigerten und die umfangreichen Repressionsmaßnahmen der letzten beiden Jahre auflisteten. "Aber es bringt nichts, auf die Repression zu starren, wenn wir in unserer antagonistischen Subjektivität überleben wollen." Sie schlossen mit einem Zitat von Brigitte Mohnhaupt und blieben dabei zu schweigen, als Bender in gespielter Verständnislosigkeit erklärt bekommen wollte, warum er ein "Unterdrückungsinstrument" sein sollte.

Bernhard wurde zusätzlich noch wegen drei anderer Vorfälle angeklagt: Am 24.11.91 soll er am alljährlichen Totensonntagsspektakel am Aachener Ehrenmal, bei dem Soldatenverbände, Burschenschaftler und HIAG-Mitglieder zusammen mit PolitikerInnen bürgerlicher Parteien der "Helden" der beiden Weltkriege gedenken, mit einer Preßluftfanfare die Nationalhymne verunglimpft haben. Der als Zeuge geladene Leitende Polizeidirektor Meyer habe "als normaler Staatsbürger mit Informationsbedürfnis" an der Veranstaltung teilgenommen. Nichtsdestotrotz sah er sich auch in dienstlichem Auftrag anwesend: Den Auftrag dazu habe er sich selbst erteilt. So konnte er halb dienstlich, halb privat beobachten, wie Bernhard eine Preßluftfanfare betätigte, und damit "drei, wenn nicht vier Sekunden lang" das Abspielen der Nationalhymne störte. Als Meyer versuchte, Bernhard festzunehmen, stürzten beide einen Abhang hinunter - vor die Füße weiterer Bullen.

Am 17.3.92 wurde Bernhard vor einem Haus mit einer unvollendeten Parole von einer Zivilstreife kurzfristig verhaftet; eine in der Nähe gefundene Sprühdose wanderte wegen des vermuteten "terroristischen Hintergrunds" zur Untersuchung an das LKA und wurde im Prozeß als belastendes Indiz ("Sachbeschädigung" einer Hauswand durch Sprühen) gewertet, obwohl die LKA-Untersuchung ergeben hatte, daß die Farbe der Dose und die Farbe an der Hauswand in chemisch-physikalischer Sicht nicht übereinstimmen. Wer gesprüht hat, oder ob die Farbe an der Hauswand tatsächlich frisch war, hat niemand gesehen.

Nach dem Prozeß gegen Inge Viett im August 1992 hatte Bernhard zusammen mit anderen ein Absperrgitter überklettert, und als Inge Viett über den Gerichtshof abtransportiert wurde, ihre Freilassung gefordert. Bei der Festnahmeaktion soll Bernhard sich durch "Rudern mit den Armen" gewehrt haben, was als "Widerstand gegen die Staatsgewalt" beurteilt wurde.

Zu den Sachbeschädigungen bei Shell wurde ein Zeuge vernommen, der nachts aus dem Fenster seiner Wohnung mit dem Feldstecher zwei junge Männer gesehen hatte, die zu einem Auto gehörten, das bei einer Bahnüberführung parkte (in der Nähe liegt eine Shell-Tanke). Der Zeuge hatte sich das Nummernschild ihres Wagens notiert - ein Hamburger Kennzeichen, das zu einem Leihwagen gehörte. Über die Leihwagenfirma kamen die Ermittler an Michael, der den Wagen zu der betreffenden Zeit gemietet hatte. Der Zeuge konnte die beiden Personen sehr genau beschreiben; die Beschreibungen paßten aber nicht zum damaligen oder jetzigen Aussehen der Angeklagten. Ihm (und zwei weiteren Zeuginnen) wurden kurze Zeit nach dem Angriff auf die vier Shell-Tanken in Aachen Lichtbildmappen vorgelegt; alle drei ZeugInnen haben damals keine der abgebildeten Personen identifiziert! Obwohl keineR der ZeugInnen einen der Angeklagten wiedererkannte - weder im Gerichtssaal noch auf Fotos, die ihnen kurz nach der Tat vorgelegt worden waren -, drängten nun Richter und Staatsanwalt auf ein Geständnis mit Hinweis auf die explodierenden Verfahrenskosten.

Zwingmann, der Kopf der Aachener Politischen Polizei, der Bernhard im Krankenhaus aufgesucht hatte (wo dieser mit einer Beinverletzung lag), gab vor Gericht chaotische Personenbeschreibungen ab. Auf die Frage, ob er sich erinnern könne, wie der Zeuge mit dem Feldstecher die zwei Personen beschrieben habe, antwortete er in unbeabsichtigter Ehrlichkeit: "Weiß ich nicht, da müßte ich jetzt die Angeklagten anschauen und Ihnen beschreiben." Mit dieser Einstellung hat er offensichtlich auch die Zeugenbefragungen vorgenommen: Die Lichtbildmappe enthielt 24 Fotos, davon waren die beiden Angeklagten die einzigen Brillenträger; sie waren insgesamt siebenmal abgebildet und mit der Jahreszahl '92 markiert. Trotzdem wurden sie von keinem Zeugen erkannt.

Die Gutachten vom LKA brachten weitere Zweifel: Die rote Farbe, die an den Tankstellen gefunden wurde, war *nicht* mit den Farbspuren in

Bernhards Haaren und auf seiner Lederjacke identisch. Auch der Leihwagen war sauber zurückgegeben worden, ohne Blutspuren und Farbreste, und wurde direkt weitervermietet. Geimer wischte das später mit der Hypothese "der intelligenten Täter", die eben Vorsorge getroffen hätten, vom Tisch. Winzige Spuren eines handelsüblichen Klebers an Jacke und Schuhen paßten dagegen zu dem Kleber in den Schlössern der Tankstellen.

Was die Sachbeschädigungen der Shell-Tanke in Hamburg betrifft (es ist dazu kein Bekennerschreiben bekannt; das Ausmaß der Sachbeschädigung war gering im Vergleich zu Aachen), wurde auf dem dort gefundenen Warnschreiben ein Fingerabdruck von Michael gefunden.

Die Verletzung Bernhards wurde folgendermaßen "ausgewertet": Obwohl weder an einer der beschädigten Tankstellen noch im Leihwagen Blut gefunden wurde, hat die Staatsanwaltschaft die Tatsache seiner Verletzung als Indiz für seine Tatbeteiligung herangezogen: Nicht als ob sie gewußt hätten, der Täter habe sich verletzt, und demnach würde eine entsprechende Verletzung bei einem Verdächtigen als Indiz gewertet - nein, die Logik funktionierte hier umgekehrt: Weil Bernhard verdächtig ist, und weil er am Bein verletzt war, wurde der vermutete Tathergang so umgedichtet, daß eine Beinverletzung beim Schläuche-Aufschneiden geradezu notwendig stattfinden mußte. Die Krankenakten durfte Geimer zwar nicht beschlagnahmen lassen - der Ermittlungsrichter hatte das untersagt, aber es gelang ihm im Prozeß dennoch, die ärztliche Schweigepflicht zu unterlaufen: In der Verhandlung setzte er durch, daß eine Verwaltungsangestellte des Krankenhauses geladen wurde, die Aussagen über den Einlieferungszeitpunkt machen sollte. Die Angestellte wurde von Zwingmann von der politischen Polizei Aachens persönlich abgeholt, und sie machte den Eindruck, als sei sie instruiert worden. Erst auf Nachfragen und nach dem Hinweis, sie habe ja persönlich nichts von einer Verurteilung der Angeklagten, räumte sie ein, vor Prozeßbeginn nicht nur das Aufnahmeformular, sondern auch die Krankenakte selbst angesehen zu haben. Die Staatsanwaltschaft bekam die Information, die sie haben wollte: Bernhard ist morgens nach der Tatnacht in das Krankenhaus gekommen.

Im Plädoyer monierte Staatsanwalt Geimer, daß die Angeklagten sich nicht kooperativ verhalten hätten, und daß ihre Erklärung zeige, was sie vom Staat halten. "Irgendwelche vernünftigen Zweifel an der Täterschaft der Angeklagten" bestünden für ihn nicht. Nach dem, was er für "die Gesetze der Logik" hält, könne es nur so gewesen sein, wie er den Tatverlauf rekonstruiert hat, denn "soviele Zufälle gibt es nicht". Die drei einzelnen Anklagepunkte gegen Bernhard wertete er als relevant und nicht einstellungswürdig, da sie dessen "politische Einstellung dokumentieren". Ziel des Verfahrens müsse sein, die Angeklagten davon zu überzeugen, das Eigentum anderer zu achten. Für die Angeklagten spreche nur, daß sie bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten seien, gegen sie ihre fehlende Reue. Insbesondere Bernhard hätten die Ermittlungen offenbar nicht beeindruckt; bei ihm sei eine Intensivierung der Straftaten zu verzeichnen. Als strafverschärfend wertete er, daß die politische Einstellung das einzige Motiv sei.

Geimer forderte 50, 20 und 30 Tagessätze à 20 DM für Verunglimpfung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt und 10 Monate auf Bewährung für die Angriffe auf Shell in Aachen für Bernhard. Bernhards Beteiligung in Hamburg sah er als nicht nachweisbar an. Für Michael forderte er 12 Monate auf Bewährung für die Sachbeschädigungen in Aachen und Hamburg.

Die Verteidigung plädierte auf Freispruch in allen Fällen. Sie stellte noch einmal die mangelhafte und widersprüchliche Indizienlage dar und warnte vor Gesinnungsjustiz. Der Staatsanwalt verfahre nach dem Motto: Er wisse, wie die Angeklagten denken, und ihnen seien die Taten politisch zuzutrauen; eine Verurteilung treffe jedenfalls nicht die Falschen.

Wie nicht anders zu erwarten, hat sich das Gericht der Staatsanwaltschaft angeschlossen. Der letzte Auftritt des Vorsitzenden Bender übertraf alles, was die Vorstellung bisher geboten hatte: In altväterlichem Tonfall, salbungsvoll, die eigene Milde lobend und in gespielter Empörung fand er es "betrüblich, beschämend, erbärmlich", daß gebildete junge Menschen ihre politische Überzeugung "auf dem Rücken kleiner Leute austragen" wollten und das Sicherheitsinteresse der Bürger massiv beeinträchtigt hätten. Das Gericht habe sehr lange überlegt, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden könne; schließlich habe man sich für drei Jahre Bewährung entschieden. Daß in der Verhandlung zur Sprache kam, daß der Shell-Konzern den Schaden reguliert hat, und daß Bernhard und Michael ihn, sobald sie können, begleichen müssen, weiß Bender, aber das muß das Volk ja nicht wissen.

ProzeßbeobachterInnen aus Aachen

Rechtshilfekonto/ R.C. Wagemann
Stichwort "Prozesse"
Sparkasse Aachen/ BLZ 39050000
Kontonummer 27009836

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstand und der Selbstverteidigung von ImmigrantInnen

EINGREIFEN IST GERECHTFERTIGT !

Deutschland 1994: Nazis zünden Wohnhäuser an, ImmigrantInnen werden auf der Straße zu Tode geprügelt, während Polizeibeamte danebenstehen (so starb der Angolaner Antonio Amadeu in Eberswalde), Hunderttausende begeistern sich für die flotten Sprüche gegen "die ausländischen Schmarotzer von Auschwitz will man nichts gehört haben.

Ganze Bevölkerungsgruppen werden von den Nazis als "lebensunwert" defniert, ausgegrenzt und zu Angriffsobjekten abgestempelt. Der bundesdeutsche Staat schürt dabei kräftig mit. Äußerungen wie "Freilaufende Asylbewerber" (Weinbeck, CSU), "Asylantenschwemme" und "Staatsnotstand" (Kohl), oder die Rede von den nichtarbeitenden "Sozialbetrügern" (ebenfalls Kohl) geben vor, gegen wen in Deutschland getreten werden darf. Die Existenzangst unten in der Gesellschaft soll sich in Selbstzerstörung oder in Haß gegen die Schwächeren ummünzen.

AntifaschistInnen werden kriminalisiert...

Während der rechte Terror für viele zum Normallfall geworden ist, werden diejenigen, die sich gegen die Verschärfung der Situation zur Wehr setzen, kriminalisiert. Ihnen drohen harte Strafe, lange Untersuchungshaftzeiten und schwere Repressalien. Einige der wichtigsten Beispiele in der Bundesrepublik:

– Am 6. Januar 1993 wird der Antifaschist Gunther aus Wiesbaden in einer Straßensperre verhaftet und ist für 6 Monate in Untersuchungshaft. Angeblich soll er 3 Stunden vor der Straßenkontrolle an einem Angriff auf Fahrzeuge von Nazi–Kadern beteiligt gewesen sein. Dabei wurden die Frontscheiben von Autos einiger Mitglieder der verbotenen Deutschen Alternative, die sich zu einem Treffen versammelt hatten, eingeschlagen. Gegen Gunther gab es keine weiteren Beweise als einen Knüppel im Fahrzeug und seine 'autonome, sozialistische Gesinnung', die der Haftrichter als Grund für die Inhaftierung angab.

–Im nordhessischen Arolsen, unweit von Fulda, werden in der Woche nach dem 14.August 1993 mindestens 13 AntifaschistInnen in Untersuchungshaft genommen, ihnen wird vorgeworfen den führenden Nazikader Thomas Kubiak, der zur terroristischen Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front gehört, am 14. August bei einem Angriff schwer verletzt zu haben. Während die hessische Polizei nicht daran interessiert ist, am 14. August 1993 in Fulda gegen den bisher größten Nazi–Aufmarsch zum Geburtstag von Rudolf Heß einzuschreiten, wird im Fall Arolsen der Polizeiapparat mobilisiert. – Mit einer Durchsuchungswelle und 2–monatiger Sonderhaft wird gegen die AntifaschistInnen vorgegangen.

– Der schwerste Fall von Kriminalisierung gegen AntifaschistInnen ist jedoch der Berliner "Fall Kaindl". Zwischen dem 14. November und dem 3.Dezember 1993 werden in der Stadt die fünf AntifaschistInnen Erkan, Fatma, Mehmet, Abidin und Bahretin verhaftet. Mindestens fünf weitere werden mit Haftbefehl gesucht. Ihnen allen wird "Mord", "Mordversuch" und/oder "gemeinschaftlicher Mord" vorgeworfen. Sie sollen im April 1992 ein Treffen von Nazis der Deutschen Liga für Volk und Heimat überfallen haben. Damals war eine Gruppe führender Funktionäre dieser Partei, die als Bindeglied zwischen terroristischer Nazi–Szene und den parlamentarischen Faschisten gilt, von 6–8 Vermummten in einem Restaurant angegriffen worden. Bei dem Handgemenge erlitt der 47–jährige Berliner Landesschriftführer der Deutschen Liga für Volk und Heimat Gerhard Kaindl Messerstiche, an denen er wenig später starb.

Obwohl niemand die Täter genauer beschreiben konnte, ging die Polizei, die sofort eine 20–köpfige Sonderkommission bildete und 10.000 DM Belohnung auslobte, von "türkischen und arabischen Tätern" aus. Ihre Ermittlungsergebnisse leitete sie im Herbst 1992 an den Funktionär der Deutschen Liga Torsten Thaler weiter, der in der Hauspostille der rechtsextremistischen Partei verkünden ließ "Wir kriegen euch alle".

Die im November 1993 verhafteten fünf türkischen und kurdischen AntifaschistInnen waren in den ersten Monaten extremen – Isolationshaft– Haft– bedingungen unterworfen. In ihrem Freundeskreis gab es eine Durchsuchungswelle und zahlreiche Fälle von Observation. Der Mutter eines 21 –jährigen Gesuchten kündigte man an, 'man werde ihren Sohn erschiessen', falls dieser sich bei der Festnahme widersetzen sollte. Einem Kneipenwirt, der sich weigerte, zum Fall auszusagen, wurde mit dem Vorwand "Steuerschulden" das Lokal geschlossen. Außerdem wurde inzwischen Interpol bei den Ermittlungen eingeschaltet.

Die Kriminalisierung der antifaschistischen Bewegung wird also immer aggressiver. Der Berliner Prozeß hat dabei durch die Tragweite der Vorwürfe eine ganz besondere Rolle. Er droht, zum größten Antifa–Prozeß der Nachkriegsgeschichte zu werden.

... Nazis werden gedeckt

Der faschistische Terror hingegen wird staatlicherseits weitgehend toleriert, gedeckt und in vielen Fällen politisch vorbereitet. Wie die Untersuchungsberichte des Landtags von Mecklenburg–Vorpommern gezeigt haben, wurde beispielsweise in Rostock–Lichtenhagen im August 1992 die Überbelegung des Asylbewerberheims und die Verkürzung der Öffnungszeiten in der Aufnahmestelle bei den AnwohnerInnen künstlich der Eindruck von "riesigen Massen von AsylbewerberInnen" erzeugt. Die Inbrandsetzung des Heims in der Nacht vom 23. auf

den 24.August war dann auch nur durch den Abzug der Polizei möglich, die zeitgleich zu den faschistischen Pogromen Dutzende von AntifaschistInnen festnahm, welche gegen die Nazi- Angriffe auf das Heim einschreiten wollten (dokumentiert wurden die Ereignisse in dem sehenswerten deutsch-britischen Film "Die Wahrheit liegt in Rostock"). Nach den Ereignissen von Rostock sahen sich Politiker der etablierten Parteien und die großen Medien darin bestätigt, daß das "Asylrecht jetzt abgeschafft werden muß". Der faschistische Terror und die "ganz normale" Tagespolitik gingen Hand in Hand.

Dieses Verhalten ist kein Einzelfall. Faschistische Mörder werden von der bundesdeutschen Justiz in der Regel als "desorientierte Jugendliche" behandelt. Der politische und organisierte Hintergrund des Solinger Attentats - der Kampfsporttrainer der Solinger Attentäter, Bernd Schmitt ist Mitglied der Deutschen Liga - wird genauso abgestritten, wie die Möllner Jungnazis Peters und Christiansen zu Einzehätern gemacht werden. Trotz eindeutiger Beweise wird die Existenz der bundesweiten und parteiübergreifenden Nazi- Kaderorganisation Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front vom Verfassungsschutz nach wie vor geleugnet. Und ungestört trainieren auch Dutzende von faschistischen Wehrsportgruppen am Wochenende in den Wäldern. Es ist bekannt, daß Nazi-Organisationen beträchtliche Waffenlager angelegt haben, ohne daß hiergegen etwas unternommen worden wäre.

Zwar ist richtig, das seit dem Frühjahr 1993 bei Fällen, die international Beachtung finden, härter durchgegriffen wird, aber dennoch ist "die Linke nach wie vor die größere Bedrohung für den deutschen Staat", wie die Bundesanwaltschaft selbst festgestellt hat Es ist klar, warum: Linke Politik richtet sich vor allem gegen die Besitzenden und Privilegierten. Die mehr als 4000 rassistschen und faschistischen Gewalttaten 1993 dagegen haben die Schwächsten der Gesellschaft getroffen; genau deshalb werden sie von Staatsseiten nicht als Bedrohung betrachtet Genau deshalb sind sie eine Bedrohung für uns.

Antifaschistische Gegenwehr ist legitim und notwendig

Uns geht es vor diesem Hintergrund nicht darum, härtere Strafen für Nazis und "Rechtsgleichheit" zu fordern. Der Staat steht nicht "neutral zwischen den Extremen" - wie immer vorgegeben wird, um die Entwicklung zu mehr staatlichen Vollmachten und einer autoritären Gesellschaft zu rechtfertigen; Er ist eben kein Staat der "politischen Mitte", der von links und rechts gleichermaßen in Frage gestellt wird. Die offizielle Ideologie und die der Faschisten haben klare Berührungspunkte.

Wir lehnen die in der Öffentlichkeit oft gemacht und in den Medien propagierte Gleichstellung von "Links- und Rechts" deshalb ab.
Faschistische Gewalt und antifaschistische Militanz sind nicht das gleiche. Der menschenverachtende Terror der Nazis richtet sich pauschal gegen Menschen, die von diesen als "lebensunwert" betrachtet werden. Die antifaschistische Gegenwehr, die sich gegen den Straßenterror organisiert, verteidigt das Recht aller auf ein menschenwürdiges Leben.

Daß man zur Verteidigung gegen die Nazis Gewalt anwenden muß, kann einem/er als AntifaschistIn nicht gefallen. Niemand, die oder der antifaschistische Ideen vertritt übt Gewalt aus, weil sie ihr/ihm Spaß machen würde. Es ist nur einfach so, daß immer mehr Menschen in den letzten Jahren in der BRD zu der Erkenntnis gekommen sind, daß man sich selber verteidigen muß, daß man von der Polizei und Justiz nichts zu erwarten hat als denselben Rassismus oder dieselbe Diskriminierung wie von rechts. Die Brandanschläge und Mordversuche stellen für die Betroffenen nur den letzten Höhepunkt der tagtäglich erfahrenen Diskriminierung dar. Die Erfahrung zeigt, daß man dort, wo es antifaschistische Gegenwehr gibt vor den Nazis sicherer ist als anderswo. So haben sich ausländische Jugendliche 1990/91 das Recht nach Ostberlin zu fahren, regelrecht erobert Im Gegensatz zu früher werden sie zur Zeit meist in Ruhe gelassen.

Warum der Straßenterror so zurückgedrängt werden kann, hat seine Erklärung: Die Identität vieler Jung-Nazis baut unter anderem auch auf ihrem Gefühl von Stärke auf. Sie streben nach Herrschaft und schlagen daher gegen diejenigen, die sie für schwächer halten. Sobald sie bemerken, daß ihrem Terror Grenzen gesetzt werden, wird diese Identität unattraktiv. Wer den Nazis das Gefühl läßt, auf der Straße stark zu sein, bekräftigt sie daher in ihrem Denken.
Wir finden es nicht begrüßenswert, daß die Situation in Deutschland so geworden ist Aber die Wahl der Mittel wird längst von anderen getroffen. Wir lassen uns deshalb das Recht nicht absprechen: Antfaschistische Militanz gegen den Nazi-Terror ist gerechtfertigt, nicht nur als Selbstverteidigung in einer Notwehrsituation. Die faschistischen Organisationen haben oft genug bewiesen, daß ihre Haßtiraden keine leeren Drohungen sind. Wir sind nicht bereit uns vor der Gefahr zu verstecken. Wir alle haben das Recht - und sogar die Pflicht - nicht darauf zu warten, bis der faschistische Terror noch mehr Opfer fordert.

Antifaschismus ist mehr Natürlich ist antifaschistische Politik sehr viel mehr als die Gegenwehr auf der Straße. Antifaschistische Gegenwehr alleine kann den Faschismus nicht besiegen. Nazis, die nicht mehr auf der Straße prügeln, sind immer noch Nazis.

Antifaschistische Arbeit umfaßt deshalb viel mehr: antisexistische und antirassistische Jugendarbeit, die Verteidigung des Asylrechts, AusländerInnen-Beratung, politische Arbeit in den Stadtteilen usw. Die Grundstrukturen der Nazi-Ideologie, der Rassismus, der Antisemitismus, der Sexismus, kommen aus der Mitte der Gesellschaft, sie stecken in den allermeisten Köpfen. Eine antifaschistische Bewegung muß deshalb überall, an den verschiedensten Stellen der Gesellschaft, für Veränderungen arbeiten. Die Nazis sind nur ein Ausdruck des Übels. Daneben gibt es die etablierten Parteien, die die Richtung vorgeben, die Justiz und Polizei, die Medien, und die rassistischen und sexistischen Ideen in weiten Teilen der Bevölkerung selbst. Politische Arbeit und eine breite antifaschistische Bewegung sind hier gefragt. Wir müssen begreifen, daß

wir den Faschismus nur schlagen können, wenn unterschiedliche Akfionsformen gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Es ist genauso wichtig, kontinuierlich Jugendarbeit zu machen wie eine antifaschistische Zeitung herauszugeben. Neben der Gegenwehr gegen den faschistischen Straßenterror und der öffentlichen politischen Antifa- Arbeit bleibt es außerdem auch notwendig, Treffen und Veranstaltungen der faschistischen Hetzer zu verhindern. Ihre Strukturen müssen sabotiert werden. Die Deutsche Liga für Volk und Heimat, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, die Deutsche Alternative, die Nationale Liste, die Nationalistsche Front (bzw. ihre Nachfolgeorganisationen), das Hoffmann-von Fallersieben- Bildungswerk, die Deutsche Volks-Union, die Republikaner usw. usw., sie alle sind entscheidend mitverantwortlich für die Situation in Deutschland. Sie haben den Terror organisiert und propagiert. Das Ergebnis ihrer Politik sind 60 Nazi-Morde seit 1990 und Tausende von Angriffen.

Fs ist unser Recht, ihre Vorbereitungen für den Terror zu stören und zu verhindern. Eingreifen ist gerechtfertigt.

Kritik und Solidarität

Das Bild von "brutalen gewaltbereiten Gruppen", das in den Medien über die antifaschistische Bewegung verbreitet wird, entspricht nicht der Wirklichkeit Der allergrößte Teil antifaschistischer Aktivitäten sind politischer Art, wie wir sie oben beschrieben haben. Trotzdem stimmt es natürlich, daß in der antifaschistischen Bewegung Fehler gemacht worden sind wie überall sonst auch.
Kritische Überlegungen haben bei antifaschistischen Aktionen in den letzten Jahren oft gefehlt, zahlreiche Aktionen haben sich nicht vermittelt.

Für uns ist klar, daß es für die antifaschistische Bewegung charakteristisch sein muß, der Gewalt kritisch gegenüberzustehen und dies auch nach außen darzustellen. Jede Aktion, auch Gegenwehr, muß sich legitimieren und erklären lassen. Dafür ist die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit allen antifaschistisch denkenden Menschen notwendig.

Gleichzeitig steht für uns fest: Nazi-Treffen müssen be- und verhindert werden. Wir lassen nicht zu, daß diejenigen verfolgt werden, die das eigentlich selbstverständliche machen: sich der Wiederkehr des Faschismus entgegenstellen.

Wir rufen Euch deshalb alle dazu auf, mit uns gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands zu demonstrieren. Wir fordern Euch, die Ihr den Faschismus in den Köpfen, Institutionen und auf der Straße ablehnt, dazu auf, solidarisch zu sein mit den verfolgten Antifas. Wir können sicherlich Kritik aneinander und unterschiedliche Vorstellungen über unsere Praxis haben. Trotzdem bleibt, was uns eint: Die Menschenverachtung der Faschisten werden wir nicht unwidersprochen hinnehmen.

Freilassung der antifaschistischen Gefangenen und Aufhebung der Haftbefehle!

Kommt zur bundesweiten Demonstration gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands am

Samstag, den 21. Mai 1994, 15 Uhr, Breitscheidtplatz

Wenn ihr diesen Aufruf unterstützen oder Demoplakate bestellen wollt:
Pressegruppe
c/o Kreuzbüro
Großbeerenstr. 89
10963 Berlin

TERMINE ! TERMINE ! TERMINE ! TERMINE ! TERMIN

Im Rahmen der Kampagne "Kein Länderspiel am 20.4."

Info/Diskussionsverantaltung

ZEIGT DEM DFB DIE ROTE KARTE!

Über den Zusammenhang von Fußball und Rassismus

mit **Dietrich Schulze Marmeling** und einem **Vertreter der antirassistischen Fankoordination**

Freitag, 8.4.94, 19.30 Uhr

Mehringhof-Versammlungsraum

Gneisenaustr. 2a (U-Mehringdamm), Aufgang 3, 2.Etage

PDS Kreuzberg Alternative Linke

Demonstration **am 09.April 1994**

um 14 Uhr in Bad Freienwalde
an der alten Tankstelle (nahe Bahnhof)

Jugendinitiative Freienwalde gegen Faschismus
organisiert in der Antifa(R)

Antirassistische Fankoordination
Berlin

Raus auf die Straße.

Wir HobbyfußballerInnen und Fußballfans wollen auf der Demo gegen das Länderspiel präsent sein.
Wir wollen unseren eigenen bunten Block !
Wir wollen unserer Art zu leben , zu feiern und zu kämpfen Ausdruck verleihen !
Du bist Fußballfan oder HobbyfußballerIn, dann treffen wir uns auf der Großdemo am 9.4. im Fußballblock !

Das Transparent der "Brigade Erwin Kostedde" ist unser Treffpunkt.

FÜR EINEN LAUTEN
UNDOGMATISCHEN
FUSSBALLBLOCK

Kein Länderspiel am 20.4 !

Großdemonstration

9.4.94 13.00 Uhr, Rotes Rathaus

Sa 9.4. — 19.00 Uhr

barbata
anarchistischer Medienladen
im El Locco Café, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
(U- und S- Bahn Yorckstr.)
Tel. 7859181

"Erich Mühsam, Anarchist".

Video mit anschließender Diskussion

Nur wer seine Fessel spürt, versucht sich zu befreien.

"Revolution ist für uns alle die berauschende Vorstellung des Freiwerdens aller gefesselten menschlichen Energien, des elementaren Aufflammens aller freiheitlichen Leidenschaften".
Erich Mühsam, der am 06.04.1878 in Berlin geboren wurde, war wohl der radikalste Vertreter zur Befreiung jedes einzelnen Menschen. In diesem Jahr jährt sich seine Ermordung im KZ-Oranienburg zum 60sten Male. Seine Gedanken und Taten sind so aktuell wie nie zuvor.

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

DIE LAGE DER FRAUEN IM IRAN

Am 11. April
um 19 Uhr im Musik-Cafe Ton-Ton
Boddin- Ecke Isarstr.
(nähe U-Bhf Rathaus Neukölln)

Veranstaltungen im CLASH, Uferstr.13, Wedding

Montag, 11.4.94, 21.00 Uhr, Antifaschistische Dokumentarfilmreihe: *"Ernst Busch singt"*, von Konrad Wolf, Teil 2: "In Spanien". Der zweite Teil der Defafilmreihe zur Entwicklung des NS-Faschismus berichtet über den Spanischen Bürgerkrieg in den Jahren 1936-39.

Dienstag, 12.4.94, 21.00 Uhr, Antifaschistisches Kino im Clash: *"Kein Denkmal für Deserteure"*, Dokumentarfilm über die Kriminalisierung von Deserteuren der "Wehrmacht".

Donnerstag, 14.4.94, 21.00 Uhr, *"Zuckerbaby"*, Film mit Marianne Sägebrecht. (Nur für Frauen/Lesben)

---

das dup-team präsentiert:

preisverleihung & austellungseröffnung fotowettbewerb "umstrukturierung"

am: donnerstag, 14.4.94
ab: 20 uhr
im: thomas-weissbecker-haus
wilhelmstr. 9

dup- der umzug platzt !

Club der Verdrängten

Aktionsbündnis gegen Ausgrenzung, Sicherheitswahn und soziale Säuberung

Ein neues hoffnungsvolles Aktionsbündnis ist entstanden und sucht natürlich noch eine Menge MitstreiterInnen.

Anläßlich der zunehmenden Diskriminierung und der organisierten Ausgrenzung von MigrantInnen, Obdachlosen, Drogensüchtigen, Prostituierten, Erwerbslosen, Armen und anderen stigmatisierten Menschen in dieser Gesellschaft denken wir, daß es an der Zeit ist, uns zusammenzutun.

Nur gemeinsam können wir wirksam Widerstand leisten gegen die ganze Bandbreite der Ausgrenzungspolitik von Unsozialpolitik, Arbeitsvernichtungspolitik, Abschiebepolitik bis hin zu alltäglichen "Säuberungsaktionen" durch Bullen, BGS und private Sicherheitsdienste.

Insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Regierungsumzug und die zahlreichen Wahlen des Jahres '94 soll offenbar die "Innere Sicherheit" der Hauptstadt Berlin hergestellt werden, indem mißliebige Bevölkerungsgruppen mittels staatlicher Gewaltanwendung von der Bildfläche gefegt, kriminalisiert und unter massive Dauerkontrolle gestellt werden. Wir sind nicht bereit, dieses faschistoide Denken und Handeln der verantwortlichen Ausgrenzungsmafia hinzunehmen und planen deshalb im Mai gemeinsame Aktionstage, Infostände, verschiedene Theateraktionen, Straßenfeste und diverse andere kreativ-provokative Maßnahmen - zentral oder dezentral - sind vorgesehen, den Abschluß soll eine Großdemonstration im Innenstadtbereich bilden.

Es geht uns um die Schaffung eines Bündnisses der Ausgegrenzten und [illegible], die ansonsten üblicherweise nur gegeneinander aufgehetzt werden.

Das [illegible] Bündnistreffen findet am

Dienstag, den 12.4.94, 19.30 Uhr

im "[illegible]salon" des Mehringhofs, Gneisenaustr. 2 a, Kreuzberg, 2. Hinterhof, 3. Aufgang statt.

Wir halten es für wichtig, daß sich noch viel mehr Gruppen mit ihren Erfahrungen und Aktionsideen einbringen.

Zum Bündnis rufen bisher auf
AG [illegible] · Antiapartheid-Bewegung · Antiolympia Komitee · Antirassistische Initiative · [illegible] · ARAB · AStA [illegible] (Sozialreferat) · Babylonia · Brücken Ini · Fachschaftsini Medizin [illegible] · Frauen für Südafrika · Forschungs- und Dokumentationscentrum Chile und Lateinamerika · Hydra · Ini gegen Asylbewerberleistungsgesetz · Straßenkinderkomitee · Unter [illegible] · Wir bleiben Alle

---



FUSSBALL - ANTIFA - FUSSBALL - ANTIFA
Kein Länderspiel am 20.4. !!!

11.4. 12.00
Pressekonferenz des Berliner Fussballverbandes (BFV) beim Hauptsponsor Daimler-Benz, Salzufer

12.4. 11.00
Spaziergang vom Adenauer Platz zur BFV-Zentrale
dort: 12.00 Kundgebung

14.4. 20.00
VV zum Länderspiel am 20.4.
Mobilisierungsveranstaltung im Mehringhof/Versammlungsraum

Den antifaschistischen Schutz organisieren!

Kein Länderspiel am 20. April!

Falscher Ort!

Falsche Zeit!

Keinen Ballbreit den Faschisten!

DEMO 9. April '94

13.00 Uhr
Rotes Rathaus

V.i.S.d.P.: Clara Spar, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin